



INSTITUT FÜR AGRARENTWICKLUNG  
IN MITTEL- UND OSTEUROPA

STIFTUNG DES  
ÖFFENTLICHEN RECHTS

# IAMO 2001

## Impressum

Die Veröffentlichungen des IAMO umfassen neben der vorliegenden Publikationsreihe die intern referierte Serie *Discussion Paper*, die Schriftenreihe *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe*, die *Jahresberichte* des Institutes sowie die jährlich erscheinende *Übersicht über die laufenden Forschungsprojekte*.

*Photos* Jens Adler (S. 14, 20, 26, 38), Stephan Brosig (S. 5, 57), Monika Hartmann (S. 6, 44, 52), Jürgen Heep (S. 48, 49), Andriy Nedoborovsky (S. 43), Günter Peter (S. 8, 60)

*Herausgeber*

**Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)**

Theodor-Lieser-Straße 2  
06120 Halle /Saale  
Tel.: 49 (345) 29 28 0  
Fax: 49 (345) 29 28 199  
Email: [iamo@iamo.uni-halle.de](mailto:iamo@iamo.uni-halle.de)

*Homepage*

<http://www.iamo.de>

*Endredaktion*

Margot Heimlich, Michael Kopsidis

*Verantwortlich*

Monika Hartmann, Stephan Brosig, Ludger Hinners-Tobrägel, Peter Voigt

*Satz*

Margot Heimlich

*Reproduktion / Druck*

Druck-Zuck GmbH, Seebener Straße 4, 06114 Halle (Saale)

© Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa

Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers

## Grußwort

Das IAMO blickt auf sein sechsjähriges Bestehen zurück und kann nach dem erfolgreich abgeschlossenen Jahr 2000 mit neuem Elan in das Jahr 2001 starten.

Das zurückliegende Jahr wird dem Institut, aber auch dem Stiftungsrat und dem Wissenschaftlichen Beirat in guter Erinnerung bleiben. Die Evaluierung des IAMO durch den Wissenschaftsrat wurde erfolgreich abgeschlossen. Das positive Votum des Wissenschaftsrates unterstreicht mit der Bewertung „Das IAMO gehört zu den erfolgreichen Institutsneugründungen in den neuen Bundesländern“ und „Das IAMO hat sich rasch zu einem national und international anerkannten wissenschaftlichen Kompetenzzentrum entwickelt und eine leistungsfähige Forschungskapazität aufgebaut“ die Richtigkeit der Gründung des Instituts und sein hohes wissenschaftliches Niveau.

Allen MitarbeiterInnen des IAMO sei an dieser Stelle Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit gesagt. Mit Kompetenz und Engagement werden sie auch die Herausforderungen der nächsten Jahre meistern, die mit dem Transformationsprozess in den Ländern Mittel- und Osteuropas verbunden sind.

In den zurückliegenden Jahren hat sich gezeigt, dass die Transformation in Osteuropa ein sehr komplexer Prozess ist, für den es keine Patentlösungen gibt. Das IAMO hat es in den vergangenen Jahren verstanden, mit seiner wissenschaftlichen Arbeit, über intensive Kontakte zu Forschungseinrichtungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, mit der Ausrichtung wissenschaftlicher Tagungen und der Teilnahme an derartigen Veranstaltungen sowie mit der Förderung des akademischen Nachwuchses aus Osteuropa dem Auftrag des Wissenschaftsrates – wissenschaftliche Begleitung des Transformationsprozesses, Erarbeitung von Prognosen und Hilfestellung bei Problemlösungen – gerecht zu werden.

Herausforderungen wie die Osterweiterung der Europäischen Union oder die nächste Welthandelsrunde, aber auch die stärkere Integration der GUS-Märkte in die europäischen und internationalen Strukturen sind in den nächsten Jahren zu meistern. Der Bedarf an wissenschaftlicher Information wird also steigen und das IAMO demzufolge weiterhin ein wichtiger und nachgefragter Partner für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Ost und West sein.



*MinDirig. Dr. Jörg Wendisch  
ist Vorsitzender des  
Stiftungsrates des IAMO*

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Zehn Jahre Transformation – Bilanz des Reformverlaufs</b>	<b>9</b>
Die Ambivalenz des Transformationsprozesses - Erfolg oder Mißerfolg? Die politische Dimension der Transformation. Formale und informelle Institutionen als Determinanten des Transformationsprozesses.	
<b>Bedeutung von Verbänden für eine erfolgreiche Transformation</b>	<b>15</b>
Verbände entscheidend für Aufbau von Institutionen. Anreizsysteme für Mitarbeit in Verbänden. Verbände durch Institutionen geprägt. Gute Verbands- arbeit wichtig für EU-Osterweiterung.	
<b>Betriebs- und Eigentumsstrukturen in der Landwirtschaft Mittel- und Osteuropas</b>	<b>21</b>
Einflussfaktoren auf Privatisierung und Betriebsgröße. Betriebsstrukturen. Vor- und Nachteile von Familien- und Großbetrieben. Gleiche Chancen für alle Betriebstypen und Rechtsformen. Bodenmärkte.	
<b>Nachfrage nach Nahrungsmitteln in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern</b>	<b>27</b>
Regionenspezifische Konsumstrukturen. Zeitliche Entwicklung. Ernährungssituation verschiedener Bevölkerungsgruppen. Haushaltsproduktion. Lebensmittelqualität. Vertikale Kooperation und Integration im Nahrungsmittelhandel.	
<b>Soziale Netzwerke: Hemmnis oder treibende Kraft im ländlichen Raum?</b>	<b>33</b>
Prozess des sozialen und ökonomischen Wandels in ländlichen Räumen der Transformationsländer. Soziale Netzwerke zur Abfederung der negativen Folgen des Wandels.	
<b>Der polnische Fleischsektor auf dem Weg zu einer effizienten und qualitätsbewussten Produktion</b>	<b>39</b>
Kleinbetriebliche landwirtschaftliche Produktionsstrukturen, hohe Erfassungskosten und intensive Konkurrenz im Verarbeitungssektor. Qualitätssicherung kritischer Faktor. Internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen, Strukturwandel und Wettbewerbspolitik.	
<b>Das IAMO – ein kurzes Portrait</b>	<b>45</b>
Kooperationen. GastwissenschaftlerInnen. DoktorandInnen. Konferenzen und Seminare. Ausgewählte drittmittelfinanzierte Projekte. Veröffentlichungen. Institutionelle Struktur. Koordination im IAMO. Konzeption der Forschungsarbeit. Zentrale Dienstleistungen.	

## Vorwort

Mit der vorliegenden Veröffentlichung, die nunmehr die dritte Ausgabe der Publikationsreihe *IAMO 'Jahreszahl'* ist, präsentiert das Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) einer breiten Öffentlichkeit seine Untersuchungen zur Entwicklung der Agrarwirtschaft Mittel- und Osteuropas. Dem Leser soll die Bandbreite und Vielfalt der wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet verdeutlicht werden. Die Diskussion aktueller Ergebnisse aus einzelnen Untersuchungen ermöglicht darüber hinaus einen Einblick in die Tiefe der Forschungstätigkeit.

Mit dem Jahreswechsel geht das zehnte Jahr Transformation in Mittel- und Osteuropa zu Ende. Dieses nehmen wir im vorliegenden Band zum Anlass, die Entwicklungen der abgelaufenen Dekade als Ganzes zu betrachten und eine Zwischenbilanz der Ergebnisse aus zehn Jahren Umgestaltung des Agrarsektors zu ziehen. Dabei soll der Blick auf sehr verschiedene Facetten der Veränderungsprozesse gerichtet werden.

Im ersten Beitrag zieht Voigt eine umfassende Bilanz des Reformverlaufs im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Tendenzen. Er arbeitet die wesentlichen Bestimmungsgründe für die wirtschaftlichen Fortschritte in den Transformationsländern heraus und untersucht die bestehenden Divergenzen zwischen den Transformationsländern sowie zu den westlichen Nachbarn. Das Erreichte in der Umstrukturierung der Wirtschaft ist sehr beachtlich. Dies gilt insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass umfassende Umgestaltungen im Wirtschafts-, Politik-, Rechts- und Sozialsystem gleichzeitig vorzunehmen waren. Aus der gewählten Makroperspektive wird auch deutlich, wie sehr der Erfolg des gesamten Prozesses vom institutionellen Wandel in Teilbereichen bestimmt wird.

Die Frage der Ausgestaltung von Institutionen hat in den Arbeiten des Institutes zunehmend an Bedeutung gewonnen. Aus diesem Grund konzentrieren sich die nachfolgenden Beiträge stark auf einzelne Teilaspekte dieses Themenbereichs. Berücksichtigung finden Analysen im Zusammenhang mit der Gestaltung von Agrarpolitik, der Struktur des Bodeneigentums und der Größe landwirtschaftlicher Betriebe, dem Konsum von Nahrungsmitteln und deren Qualität, der Bildung von sozialen Netzen im ländlichen Raum und der Organisation der Fleischverarbeitung in Polen.

Bei der Formulierung und Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) müssen die Betroffenen stärker einbezogen werden. Das trifft auch für die Agrar- und Ernährungspolitik zu. Frohberg weist in seinem Beitrag darauf hin, dass diesbezüglich noch viel Aufbauarbeit zu leisten ist. In allen Transformationsländern fehlt es an den dafür notwendigen Organisationen, die diese Mitwirkung ermöglichen.

Die Eigentumsverhältnisse bei landwirtschaftlich genutztem Boden sowie die Betriebsgrößenstruktur in den Transformationsländern diskutieren Schulze und Tillack. Sie weisen darauf hin, dass die Form der Privatisierung, die in den einzelnen Ländern gewählt wurde, sehr stark durch kulturelle und historische Gegebenheiten geprägt war. Restitution dominierte in den Beitrittsländern, während beispielsweise in Russland das Bodeneigentum an das Kollektiv der



*Prof. Dr. Klaus Frohberg ist Geschäftsführender Direktor des IAMO*

Beschäftigten in den umgewandelten Großbetrieben vergeben wurde. Die Betriebsgrößenstrukturen spiegeln die unterschiedlichen Formen der Rückgabe bzw. der Verteilung des Bodeneigentums nicht vollständig wider.

Brosig und Glitsch verdeutlichen die unterschiedliche Entwicklung der Konsumgewohnheiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Sie zeigen, dass eine differenzierte Analyse anhand von traditionellen geographischen Abgrenzungen auch geeignet ist, regionstypische Charakteristika bei der Nahrungsmittelnachfrage zu erfassen. Die Berücksichtigung des spezifischen Konsumverhaltens verschiedener Bevölkerungsgruppen in den einzelnen Regionen sowie des z. T. erheblichen Beitrags der Haushaltsproduktion zur Nahrungsmittelerzeugung ist für die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Überwindung von Fehl- oder Mangelernährung von großer Bedeutung.

Der Beitrag zu sozialen Netzwerken von Abele, Biesold und Reinsberg befasst sich mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen in ländlichen Räumen. Im Mittelpunkt stehen hier die Anpassungsstrategien der ländlichen Bevölkerung, vor allem die Nutzung sozialer Netzwerke zur Absicherung von Risiken.

Hockmann und Pieniadz diskutieren die Wechselbeziehungen zwischen Marktstrukturen und Produktqualität im polnischen Fleischsektor. Die Produktqualität wird als der wesentliche Faktor identifiziert, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors beeinflusst. Die Ursachen der geringen Wettbewerbsfähigkeit resultieren sowohl aus den kleinbetrieblichen Strukturen in der landwirtschaftlichen Produktion und der Verarbeitung als auch aus der mangelnden Anpassung und Durchsetzung von internationalen Qualitätsstandards.



Neben den Beiträgen über die Forschungstätigkeit am IAMO soll an dieser Stelle auch über wichtige Ereignisse am Institut berichtet werden. Diesbezüglich überragt die Evaluierung des Institutes das Geschehen im letzten Jahr. Nachdem wir schon Ende 1999 unsere Antworten zu den Fragen des Wissenschaftsrates eingereicht hatten, fand am 29. Februar und 1. März 2000 der zweite Teil der Evaluierung, die Begehung durch die Bewertungsgruppe statt. Diese Gruppe erarbeitete eine Stellungnahme, in der sie die Erfüllung des Gründungsauftrages durch das IAMO sowie seine wissenschaftliche Qualität bewertete und Empfehlungen zur weiteren Entwicklung

des Institutes abgab. Diese Stellungnahme wurde im November vom Wissenschaftsrat verabschiedet, der als Beratungsgremium in Fragen der Wissenschaftspolitik und strukturellen Entwicklung der Forschung in Deutschland fungiert.

Der Bericht der Bewertungsgruppe bescheinigt dem Institut, dass es „insgesamt gute bis sehr gute wissenschaftliche Forschungsleistungen auf dem Gebiet der Agrarökonomie Mittel- und Osteuropas“ erbringt. Es verfüge „über ein erhebliches Entwicklungspotential“, daher wird die Weiterförderung des Institutes als Forschungseinrichtung der Blauen Liste uneingeschränkt empfohlen.

Das Institut habe sich als erfolgreiche Neugründung in den neuen Bundesländern zu einem national und international anerkannten Kompetenzzentrum entwickelt, das mittlerweile ein wichtiger und nachgefragter Ansprechpartner in den Ländern Mittel- und Osteuropas sei. Die MitarbeiterInnen zeichneten sich durch hohe Motivation und Einsatzbereitschaft aus. Neben dem generell hohen wissenschaftlichen Niveau und der starken Produktivität wurde das Engagement bei der Organisation und Durchführung internationaler Workshops, Seminare und Konferenzen hervorgehoben.

Direktorium und MitarbeiterInnen des IAMO nehmen dieses Ergebnis mit großer Freude zur Kenntnis und verstehen es als Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit. Gleichzeitig verdeutlicht der Bewertungsbericht, dass nach den anfänglichen Hürden, die beim Aufbau des Institutes zu überwinden waren, nun eine Konsolidierungsphase eintritt, in der die Bemühungen um eine Vertiefung und Fokussierung der Forschungsaktivitäten intensiviert werden müssen.

In diesem Zusammenhang schlägt die Bewertungsgruppe vor, die Forschung im Bereich der Institutionenökonomik weiter auszubauen und zu konkretisieren. Hierbei soll neben seinen Auswirkungen der Transformationsprozess selbst verstärkt im Mittelpunkt der Analyse stehen. Darüber hinaus wird empfohlen, noch mehr als bisher Primärdaten in den betroffenen Ländern zu erheben und sich weniger auf Sekundärstatistiken zu stützen. Generell sollen die interne Zusammenarbeit und das gemeinsame Profil verstärkt werden.

In Übereinstimmung mit seinem Wissenschaftlichen Beirat fasst das Institut den Bericht als Chance auf, sich zunehmend zu profilieren. Dies beinhaltet einerseits die Fortsetzung von relevanten Forschungsgebieten, auf denen sich das IAMO bereits beweisen konnte. Beabsichtigt ist jedoch auch, erprobte Konzepte zu modifizieren, damit ihre Relevanz für die Analyse der Transformationsprozesse noch verbessert wird. Erfolgreiches ist durch innovative Erweiterungen zu vertiefen. So ist zu überlegen, ob sich die am IAMO etablierte Modellfamilie um Komponenten mit institutionenökonomischer Ausrichtung sinnvoll ergänzen lässt. Im Bereich Feldforschung sollen die bereits gemachten Erfahrungen und die mittlerweile vielfältigen Kooperationen mit Einrichtungen vor Ort genutzt werden, um künftig noch mehr Primärdaten zu erhalten.

Abgeschlossen wurde das Jahr 2000 für das Institut mit der feierlichen Einweihung des Forschungsmehrzweckgebäudes Heide-Süd, dem neuen Domizil des IAMO. Dies geschah im Rahmen einer Festveranstaltung im Institutsgebäude in Gegenwart von Vertretern aus Wissenschaft und öffentlichem Leben. Damit sind die neuen Räumlichkeiten nun auch offiziell ihrem Zweck übergeben und bieten sehr gute Rahmenbedingungen für zukünftige Forschungsaktivitäten.

Ganz besonders auch im Lichte der Evaluierungsergebnisse möchte ich ein herzliches Dankeschön an alle richten, die in den letzten zwölf Monaten die Arbeit des IAMO unterstützt und gefördert haben. Besonders gilt der Dank dem Stiftungsrat und dem Wissenschaftlichen Beirat. Die Mitglieder beider Gremien standen gerade in der Phase der Vorbereitung auf die Evaluierung stets mit kompetentem und sachdienlichem Rat dem IAMO zur Verfügung.





## Zehn Jahre Transformation – Bilanz des Reformverlaufs

PETER VOIGT

Zehn Jahre nach dem Aufbruch der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) hin zu Marktwirtschaft und Demokratie scheint es angebracht, den Transformationsverlauf, den momentanen Stand und die aufgetretenen Probleme eingehend zu beleuchten. Die zentrale Frage nach dem Transformationserfolg ist nicht einheitlich zu beantworten; Reformpfad und aktuelle Phase sind von Land zu Land unterschiedlich, abgeschlossen ist der Prozess allerdings bisher noch in keinem der Reformstaaten.

Obleich Demokratie und Marktwirtschaft mittlerweile verfassungsmäßig verankerte Ziele aller MOEL sind, differiert die Interpretation ihrer Inhalte und der Weg zu ihrer Umsetzung je nach Land z. T. erheblich. Die maßgeblichen Ursachen dafür sind neben länderspezifischen Unterschieden in Ausrichtung und Stringenz der Reformen vor allem in der häufig mangelnden Kompatibilität und der zeitlichen Abfolge der einzelnen Reformmaßnahmen zu suchen, die zu gravierenden Abweichungen in Entwicklungsprozess und -tempo führten.

Das Spezifikum und zugleich die außerordentliche Bürde der Systemtransformation in den MOEL liegt in der Tatsache, dass – im Gegensatz zu historischen Parallelen von Systemwechseln – hier sowohl Gesellschaft als auch Wirtschaft, Politik-, Rechts- und Sozialsysteme gleichzeitig radikal reformiert werden sollen. Dass dabei national unterschiedliche Präferenzen, Vorgehensweisen und Resultate festzustellen sind, war und ist geradezu zwangsläufig.

Ein Vergleich nationaler Reformstrategien offenbart, dass keine Patentlösung existiert: ob gradueller Übergang oder Schocktherapie – der Transformationserfolg ist offensichtlich primär von der Ausgewogenheit, Stringenz und Glaubwürdigkeit des Reformprogramms als von dessen zeitlichem Horizont abhängig. Entsprechend muss man heute konstatieren, dass die Übertragung westeuropäischer Standardkonzepte, die auf rasche Liberalisierung, Privatisierung sowie Subventions- und Sozialstaatsabbau abzielten, nur begrenzt hilfreich war, da sie häufig nur Teilaspekte des Problems berücksichtigten und auf Grund ihrer Komplexität oft am 'Realisierbaren' vorbeingingen.

Als wichtigste Politikaufgaben kristallisierten sich die Schaffung eines geeigneten institutionellen Rahmens für die Reform von Wirtschaft und Gesellschaft, die interne wirtschaftliche und politische Stabilisierung, die Förderung von Privateigentum und Wettbewerb sowie die Implementierung von Anreizstrukturen und Akzeptanz der Reformen in der Bevölkerung heraus. Die zentralen Probleme resultierten dabei aus dem institutionellen Vakuum nach dem Zerfall der Zentralverwaltung, aber auch aus der plötzlichen Entwertung des vorhandenen Kapitalstocks, der häufig Resultat einer 'Fehlspezialisierung' bzw. der nicht auf komparativen Vorteilen beruhenden Arbeitsteilung innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war. Reformpolitisch kam es dabei nicht selten zu Zielkonflikten, wie zwischen Subventionsabbau für marode Staatsbetriebe und sozial verträglichem Umbau der Sicherungssysteme, die zuvor von eben diesen Staatsbetrieben getragen wurden (vgl. Abele, Biesold, Reinsberg). Arbeitslosigkeit, Verarmung, wachsende Einkommensdisparitäten, wirtschaftlich motivierter Migrationsdruck usw. sind

***Reformführer versus Nachzügler: der Kontrast nimmt zu – Divergenz nur temporär?***

***Gradualismus versus Schocktherapie: es existiert keine Patentlösung***

**Kompromisse: auf Gas und Bremse gleichzeitig**

Erscheinungen, die die Politik oft zu Reformkompromissen zwang. Dies wiederum führte häufig zum 'Aufweichen' der Reformen mit negativen Auswirkungen auf den Fortschritt des Transformationsprozesses.

Ob man die Frage nach dem bisherigen Erfolg des Transformationsprozesses aus heutiger Sicht insgesamt positiv beurteilt oder nicht, ist scheinbar vom individuellen Blickwinkel des Betrachters abhängig. Auf der einen Seite stehen eine ganze Reihe von Ländern an der Schwelle zur EU, sind z. T. in NATO und Welthandelsorganisation (WTO) integriert und weltpolitisch etabliert. Andere MOEL weisen dagegen dramatische Einbrüche in ökonomischen und sozialen Bereichen auf, von denen sie sich bis heute nicht erholt haben. Insgesamt war die Vorstellung, dass bloßes Einsetzen marktwirtschaftlicher Mechanismen als Koordinierungsinstrumente an Stelle der Plankommission zu einem substantiellen Anstieg der Gesamtwohlfahrt führt, offensichtlich zu optimistisch. So muss man heute einsehen, dass der Prozess sich wesentlich komplexer und langwieriger darstellt als erwartet. Obgleich Marktwirtschaft und Demokratie die anvisierten Ziele in allen MOEL sind und auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens basieren, verläuft der Prozess ihrer Umsetzung nicht stetig. Rückschläge bei einzelnen Reformprogrammen sind auch weiterhin möglich.

**Markt und Demokratie: Basis, aber keine Garantie für Wachstum**

Darüber hinaus wird deutlich, dass Demokratie und Marktwirtschaft notwendige aber nicht hinreichende Bedingungen für den Transformationserfolg sind. Zweifellos haben alle MOEL die Voraussetzungen für demokratische Gesellschaften mit marktwirtschaftlichen Konzepten geschaffen. Die Konsolidierung dieser Prozesse hat jedoch unterschiedliche Stadien erreicht und ob das Ergebnis eine soziale Marktwirtschaft nach westlichem Muster sein wird, bleibt für einige Länder fraglich. Mancherorts dominieren Barterhandel, Schattenwirtschaft oder frühkapitalistische Strukturen. So wurden beispielsweise in Teilen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bisher lediglich partielle Reformansätze umgesetzt. Dies geschah zudem häufig wenig stringent und selten langfristig vorausschauend. Im Zusammenhang mit der Entwicklung in Russland wird beispielsweise häufig der Begriff der 'virtuellen Ökonomie' zitiert, der ein System beschreibt, das, getragen von den alten Eliten, von Korruption und weichen Budgetschränken, Symptome einer fehlgeschlagenen Transformation zeigt. Tatsächlich wurden, abzielend auf die Bewahrung von Arbeitsplätzen, Umstrukturierungen oft nur zögerlich oder gar nicht angegangen, was den Transformationsprozess lähmte und die wirtschaftliche Rezession offensichtlich tiefer und länger als anderswo ausfallen ließ. Mündet dieser Trend nun in schwer umkehrbare – vielleicht sogar pfadabhängige – Fehlentwicklungen, dann ist dies durchaus ein alarmierendes Signal, denn derzeit ist nicht hinreichend klar, 'wohin' sich die jeweiligen Länder 'reformieren'. Geht der Paradigmenwechsel beispielsweise von der Plan- zur (geldlosen) Tauschwirtschaft (wie teilweise gegenwärtig zu beobachten), dann steht den Ländern und besonders der Bevölkerung wohl noch ein langer und voraussichtlich auch schmerzvoller Weg der Reformen bevor bis ein stabiles System von Marktwirtschaft und Demokratie entsteht.

**GUS-Länder: Reformnachzügler oder auf separatem Pfad?**

**Paradigmenwechsel: vom Plan zum Tausch**

Die nachfolgende Grafik versucht den Fortschritt der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ausgewählter MOEL zweidimensional darzustellen. Als Grundlage für die ökonomische Dimension dienen folgende Reformindikatoren: Privatisierung und Umstrukturierung (Unternehmensebene), Wettbewerbspolitik, Liberalisierung von Märkten, Preisen, Handel sowie den

Umbau der Währungssysteme (Marktebene). Die gesellschaftliche Dimension wird durch die Realisierung von Demokratie und Rechtsstaat, innere und äußere Stabilität (Konflikte), allgemeiner Wohlstand sowie soziale Strukturen abgebildet. Für jedes betrachtete Jahr und jede Dimension wurde jedem Indikator ein Wert zwischen  $-2$  und  $+2$  zugeordnet. Dabei entspricht  $+2$  dem Standard westlicher Industrieländer und  $-2$  der schlechtesten Ausprägung des Indikators. Die einzelnen Werte der Reformindikatoren wurden aggregiert und ergeben den dargestellten Achsenwert.

Die Abbildung veranschaulicht neben den Unterschieden der Ausgangsbedingungen und der Entwicklungsdynamik eine eindeutige Konvergenz der Mehrzahl der MOEL in Richtung 'typischer Standards westlicher Industrieländer'. Insbesondere die EU-Assoziierungsländer der 'ersten Erweiterungsrunde' sind 1999 im ersten Quadranten und damit nahe den derzeitigen EU-Standards zu finden.

**Konvergenz zu westeuropäischen Standards**

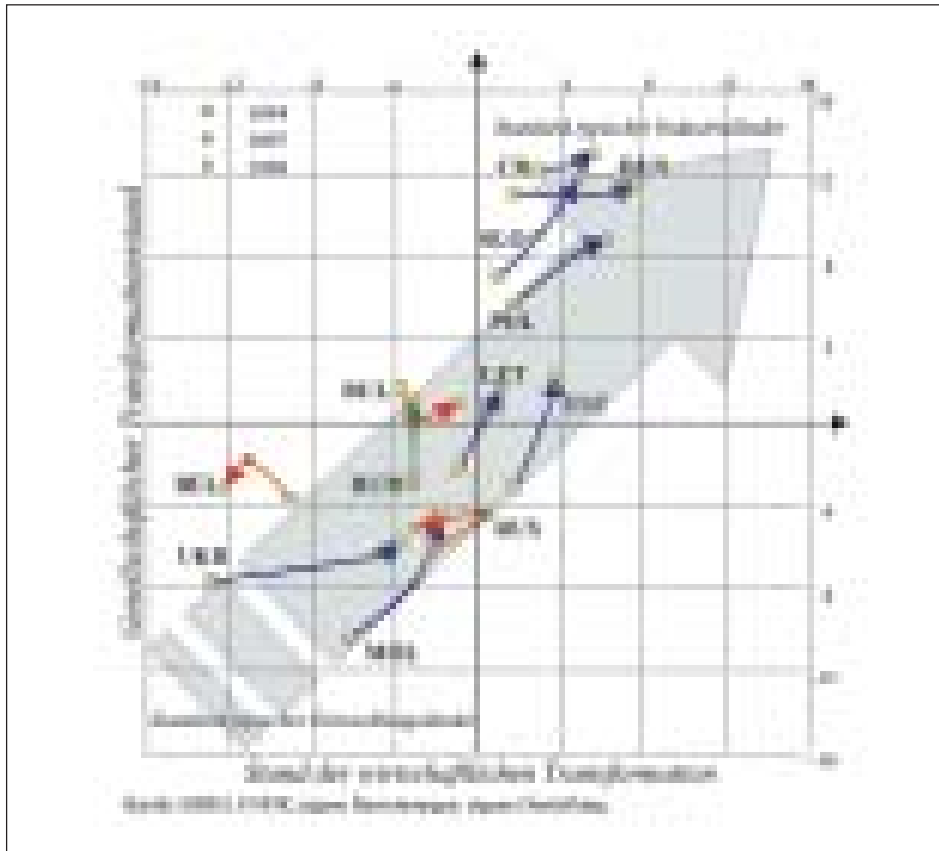


Abbildung 1:

Spezifische Transformationspfade

**Systemtransformation: Mainstream, Sonderweg oder Sackgasse?**

Der Abstand der einzelnen MOEL zu den Standards der westlichen Industrieländer (rechte obere Ecke des Diagramms) macht ebenfalls deutlich, dass für kein MOEL der Transformationsprozess bereits abgeschlossen ist. Besonders auffällig ist der Reformverlauf von Russland und Belarus, deren Entwicklungspfade (durch rote Pfeile angedeutet) sich von den anderen MOEL deutlich abheben und deren Position sich teilweise sogar gegenüber ihrer eigenen Ausgangs- oder Zwischenposition wieder verschlechtert hat (unstetiger Reformpfad). Maßgeblich verantwortlich dafür sind die bereits erwähnten zögerlichen, oft zu kurz greifenden und teilweise zurückgenommenen Reformen.

***Die starken Führer in der Krise: vom Demokraten zum Diktator?***

Betrachtet man die politische Dimension der Transformation, dann zeigt sich, dass anfängliche Schwierigkeiten und Reformrückschläge vielerorts schnell den Ruf nach starken Führern laut werden ließ, die das Land aus der Krise leiten sollten. Oft kamen diese auch an die Macht – nicht immer mit Erfolg. Zumindest gesellschaftspolitisch war dieser Trend nicht selten sogar ein Rückschritt, denn Demokratie kann sich unter solchen Bedingungen nur schwer entwickeln. Gleichzeitig waren diese Tendenzen häufig auf Grund von mangelndem Pragmatismus und demokratischer Integrität der politischen Akteure auch unumgänglich. Eine bestimmende Größe war dabei in den meisten MOEL der Mangel an einer neuen, nicht kommunistischen Elite, die demokratischen und progressiven Werten verpflichtet ist und der man die Umsetzung notwendiger Reformen anvertrauen konnte.

***Die Bedeutung nationaler Eliten: neue Köpfe oder Etikettenschwindel?***

Aber gerade die simultane Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft birgt die Gefahr in sich, Gegenstand strategischen Verhaltens von Interessengruppen zu werden, die damit den Prozess nachhaltig beeinflussen, ja sogar lenken können. Besonders anfällig sind dabei die eben zitierten „Präsidentialregime“, wo die politische Meinungsbildung sich eben nicht – wie in Demokratien üblich – auf viele Parlamentarier verteilt, sondern auf einige wenige Köpfe konzentriert. Große Relevanz gewinnt vor diesem Hintergrund wiederum die Frage, welche Gruppen die Gesellschaft und damit den Transformationsprozess tragen. Haben sich in einigen Ländern schnell marktwirtschaftlich orientierte und demokratieverbundene Schichten herausgebildet, so sind in anderen MOEL die 'alten' Eliten auch die 'neuen', was einen substantiellen Wandel eher behindert, wenn nicht verhindert. Andererseits bestand vielfach gar nicht die Möglichkeit, auf eine alternative Elite zurückzugreifen, denn die Bildungspolitik unter den vormals kommunistischen Regimen hat oftmals die Heranbildung einer solchen nicht kommunistisch eingestellten Elite weitgehend verhindert. Somit tendiert die zeitliche Dimension der Transformation für viele Länder zu einer Frage von Generationen.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass Institutionen – formaler und informeller Art – von elementarer Bedeutung für den zeitlichen Horizont der Transformation sind und dass deren Umgestaltungsaufwand weit unterschätzt wurde. So war weit mehr nötig als die bloße Substitution alter durch neue Verfassungs- und Gesetzestexte. Die Unzulänglichkeiten vieler neuer formaler Institutionen, in Verbindung mit der Unerfahrenheit der Menschen im Umgang mit diesen oft noch unbekanntem Regeln, hat viele Reformen in Schwierigkeiten oder zumindest in zeitlichen Verzug gebracht. Eine der größten Herausforderungen lag in der Neudefinition des Eigentumsbegriffs.

Bis heute ist dieser Prozess in einigen Ländern nicht abgeschlossen und oftmals ging die formale Privatisierung von Betrieben zunächst nur mit einem Austausch des Firmennamens, nicht aber mit einer Verhaltensanpassung einher. Die Praxis der Unternehmensführung änderte sich nur langsam. Boden ist mancherorts bisher weder privatisiert noch uneingeschränkt handelbar (vgl. Schulze, Tillack).

Neben der fortschreitenden Reformierung formaler Institutionen, wie Gesetze und Verordnungen, müssen nun die informellen Institutionen, wie Werte, Verhaltensweisen der Bevölkerung, Mentalitäten etc., zunehmend in den Blickpunkt der Reformpolitik rücken (vgl. Froberg). Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier Anpassungen nur sehr langsam stattfinden. Dies gilt insbesondere dort, wo es kaum historische Erfahrungen mit Marktwirtschaft und Demokratie in der Bevölkerung gibt. Die Berücksichtigung solcher informeller Institutionen wird zudem immer dort besonders schwer, wo eine ethnisch heterogene Bevölkerung auch unterschiedliche informelle Institutionen pflegt, die sich z. T. widersprechen. Möglicherweise ist es kein Zufall, dass die 'Reformleader' allesamt ethnisch sehr homogene Länder sind.

Eine ebenfalls sehr komplexe und für den Transformationserfolg essentielle Aufgabe kam der Wirtschaftspolitik zu. Sie hatte in kurzer Zeit für eine umfassende Restrukturierung und Erneuerung des Kapitalstocks zu sorgen, alle nicht-marktkonformen Institutionen zu reformieren, offene und funktionierende Güter- und Faktormärkte zu schaffen, die Privatisierung zu koordinieren und das Reformpaket insgesamt so ausgewogen zu gestalten, daß es intern konsensfähig und extern für Investoren motivierend erschien. Oftmals barg dies gleich mehrere Zielkonflikte in sich.

Nachdem diese notwendigen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vielerorts weitgehend geschaffen wurden, muss die Wirtschaftspolitik nun verstärkt auf die Förderung privater Initiative, auf den Abbau von Wachstumshindernissen bzw. die Verbesserung des Investitionsklimas und gleichzeitig auf die Bekämpfung von Korruption, Kriminalität und Schattenwirtschaft als Kehrseiten der Transformation fokussiert werden. Es gilt, neben den notwendigen nun auch hinreichende Bedingungen für eine erfolgreiche Transformation zu schaffen. Dabei darf die gesellschaftliche Dimension nicht außer Acht gelassen werden, denn Vertrauen in die Reformen ist wichtig für deren politische Realisierbarkeit und damit für den Reformfortgang. Dies bedeutet auch, die sozialen Netze zu stärken, Einkommensdisparitäten zu mildern oder beispielsweise ethnische Konflikte einzudämmen. Wachsender Wohlstand und dessen aktive Verteilung wäre dabei sicher hilfreich.

Die zentrale Kontroverse vor zehn Jahren, ob graduelle Entwicklung oder Schocktherapie eher zum Erfolg führen, hat sich als zweitrangig herausgestellt. Auch die viel zitierten Pfadabhängigkeiten, die sich aus den jeweiligen historischen, gesellschaftlichen oder geographischen Ausgangsbedingungen des jeweiligen Landes ableiten sollten, sind bis heute nur teilweise nachgewiesen. Zweifellos haben Erblasten der kommunistischen Ära den Transformationsprozess insbesondere zu Beginn beeinflusst. Reale Pfadabhängigkeit, im Sinne von vorgegebenen Entwicklungen, die sich quasi unabhängig von den eingeleiteten Reformen ergeben, sind bislang allerdings kaum auszumachen.

***Privatisierung bis heute nicht abgeschlossen***

***Informelle Institutionen für Reformerfolg elementar***

***Nüchterne Realität: Ziel noch nicht erreicht***

***Pfadabhängigkeiten – ein Mythos?***

***Wettbewerb fördern –  
nicht fürchten!***

Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass ökonomische Reformen vor allem dort Erfolg hatten, wo die 'Spielregeln' des Marktes für alle gelten. Dazu gehört insbesondere die Abschaffung willkürlicher staatlicher Markteingriffe, anhaltender Subventionierungen und weicher Budgetschränken. Unrentable Betriebe müssen aus dem Markt ausscheiden, sonst kann der Umstrukturierungsprozess nicht vorankommen. Der Wettbewerbsdruck ist wichtig für die Entwicklung von Betrieben und Volkswirtschaft. Damit dies umgesetzt werden kann, bedarf es sowohl einer starken Legislative als auch Exekutive, um die notwendigen Reformen einerseits auf den Weg zu bringen und andererseits auch durchzusetzen; eine Voraussetzung die vielerorts nur unzureichend gegeben ist. Insgesamt ist Wettbewerb und Pluralität überall in Wirtschaft und Gesellschaft notwendig, um nachhaltiges Wachstum zu initiieren und um Demokratisierung und damit auch die innere Stabilität der Gesellschaft voran zu bringen.

Die Betrachtung des Transformationsverlaufes, des Erreichten und der dabei aufgetretenen Probleme hat gezeigt, dass alle MOEL auf dem Weg zur Implementierung von Demokratie und Marktwirtschaft sind, dass dabei aber differierende Wege eingeschlagen und unterschiedliche Stadien erreicht wurden. Trotz teilweise beachtlicher Reformfortschritte wird die Systemtransformation in MOE noch geraume Zeit dauern, denn sie wird erst abgeschlossen sein, wenn sie neben den ökonomischen und gesellschaftlichen Institutionen auch ein Umdenken der Bevölkerung erreicht hat. Damit könnte die zeitliche Dimension des Transformationsprozesses zur Generationsfrage avancieren.



## Bedeutung von Verbänden für eine erfolgreiche Transformation

KLAUS FROHBERG

Eine wesentliche Aufgabe bei der Umstrukturierung der Wirtschaft in den Transformationsländern war und ist das Schaffen von marktwirtschaftlichen Institutionen. Das wirtschaftliche Regelsystem aus sozialistischer Zeit stellte eine nur ungenügende Ausgangsbasis dar, weil im Zentralverwaltungssystem Märkte im Prinzip nicht vorhanden waren und deshalb entsprechende Institutionen auch nicht benötigt wurden. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts haben gezeigt, dass die Gestaltung und Weiterentwicklung von Institutionen in den Transformationsländern wesentlich länger dauerte als ursprünglich von vielen Beobachtern eingeschätzt wurde. Dies ist ein wesentlicher Grund für die zum Teil schleppend verlaufende Anpassung der Wirtschaft an die veränderten Rahmenbedingungen. Der Zeitbedarf für die notwendige Änderung der formalen, insbesondere aber auch der informellen Institutionen wurde vielfach unterschätzt. Im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft betrifft dies unter anderem Institutionen, die für die politische Willensbildung und –gestaltung relevant sind. Es erstreckt sich auch auf Regelungen, die das Funktionieren der Märkte ermöglichen, und schließt Fragen der innerbetrieblichen Verfassung und Struktur von Unternehmen ein.

Bei näherer Betrachtung findet man durchaus Gründe für den langsamen institutionellen Wandel. Eine Erklärung liegt in der Simultanität der zwei wichtigsten Teilprozesse der Transformation. Neben einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem musste bzw. muss auch ein demokratisches Gesellschaftssystem aufgebaut werden. Diese Gleichzeitigkeit bei der Errichtung der zwei Ordnungssysteme Marktwirtschaft und Demokratie führt zwangsläufig zu wechselseitiger Behinderung. Vereinfacht gesprochen spiegelt dies eine Situation wider, in der man die gesellschaftlichen Spielregeln schon anwendet, während diese selbst noch entworfen werden.

Nicht hinreichend funktionierende demokratische Prozesse beeinträchtigen den Aufbau von Institutionen mit den erwähnten nachteiligen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Andererseits erschwert die wirtschaftliche Umstrukturierung, die in allen Transformationsländern in den ersten Jahren mit enormen Umverteilungswirkungen durch die Privatisierung und einem drastischen Rückgang des materiellen Lebensstandards verbunden war, den Aufbau von demokratischen Strukturen. Dies wiederum hat zur Folge, dass sich die Demokratien in den Transformationsländern nicht so rasch konsolidieren können. Durch diese Simultanität werden die Transformationsprozesse wesentlich komplizierter. Für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion kommt noch hinzu, dass die Transformation zusätzlich die Bildung eines neuen Nationalstaates bedeutete. Die in der Anfangsphase der Umstrukturierung geäußerte Erwartung, die Reformen werden schnell erfolgreich beendet sein, wenn man nur zügig einer Schocktherapie ähnlich die wesentlichen Maßnahmen ergreift, erscheint aus dieser Sicht überraschend. Die Realität hat unterdessen gezeigt, dass die Transformationsprozesse eher gradualistisch ablaufen (vgl. Voigt).

Bei der Suche nach effizienten, marktwirtschaftlichen Institutionen, welche die Summe aus Produktions- und Transaktionskosten minimieren, kann man auch diejenigen in Betracht ziehen, die in anderen Ländern bestehen. Aber wegen der kulturellen, soziologischen und historischen Besonderheit eines jeden Landes lassen diese sich nicht einfach übertragen, sondern können

***Marktwirtschaftliche Institutionen erheblich verbessern***

***Simultanität wichtiger Teilprozesse erschwert Transformation***

***Institutionen sind länderspezifisch***

höchstens als Vorlage dienen. Grundsätzlich muss jedes Transformationsland selbst seine eigenen Institutionen schaffen. Hierbei sind die Länder Mittel- und Osteuropas bisher unterschiedlich erfolgreich gewesen.

***Verbände als Bindeglied  
zwischen Staat und  
Gesellschaft***

Für die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung ist es in pluralistischen Gesellschaften unerlässlich, dass die soziale und ökonomische Mannigfaltigkeit in die politische Diskussion eingebracht wird. Aber diese komplexe Vielfalt ist auf ein Maß zu reduzieren, das systematische Überlegungen und Entscheidungen gestattet. Zahlreiche Organisationen, darunter auch politische Parteien, dienen diesen beiden Grundfunktionen, der Artikulation und der Reduktion von Vielfalt. Ihre Aufgabe ist es, den Platz zwischen den staatlichen Entscheidungsinstanzen, z. B. Regierung, Parlament und Verwaltung, und der Gesellschaft zu füllen.

***Verbände  
komplementieren  
politische Parteien***

Politische Parteien agieren flächenbezogen. Sie sind territoriale Gebilde, die in der Regel ihr politisches Klientel im gesamten Land suchen. Doch Parteien allein können die Partikularinteressen bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht vertreten. Sie sind in der Regel überfordert, wenn sie alle Aspekte ausleuchten sollen, die in Erwägung gezogen werden müssen, um ein bestimmtes Gesetz oder eine andere formale Institution zu entwerfen und zu implementieren. Deshalb müssen sie für den politischen Wettstreit durch andere Organisationen komplementiert werden. Diese Aufgabe übernehmen Verbände als Vermittler funktionaler Interessen.

Ganz allgemein gesprochen sind Verbände wie andere Organisationen auch auf einen längeren Zeitraum eingerichtete soziale Gebilde, die durch die Tätigkeit ihrer Mitglieder spezifische Ziele verfolgen, aus denen diese wiederum Vorteile erlangen können. Im Speziellen geht es in diesem Beitrag nur um diejenigen Verbände, die sich im politischen Bereich betätigen und nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind. In etablierten Demokratien gibt es eine Vielzahl derartiger Organisationen. So vertritt zum Beispiel in den meisten Ländern ein Bauernverband (oder auch mehrere konkurrierende) sowohl die Interessen eines Berufsstandes als auch die eines Wirtschaftszweiges. Andere Industriezweige haben ihre eigenen Interessenvertretungen, wie z. B. der Verein der Zuckerindustrie e.V., um nur einen aus Deutschland zu nennen. Dieser nimmt die Interessen aller Erzeuger und Verarbeiter von Zucker wahr.

***Geringe Erfahrung mit  
Interessenvertretung aus  
sozialistischer Zeit***

Die Vertretung von partikularen Interessen mit dem Ziel, auf die Gestaltung von Politik Einfluss zu nehmen, war außerhalb der Parteien zu sozialistischen Zeiten unerwünscht. Wenn es diese überhaupt gab, dann war sie nur latent vorhanden. Auch zu sozialistischen Zeiten gab es allerdings zahlreiche Verbände, die vom Staat gefördert wurden. Diese hatten jedoch nur sehr begrenzte Möglichkeiten, Interessen zu artikulieren, die nicht mit denen der Staatsführung übereinstimmten. Aus der Sicht der damals Regierenden konnte durch die Mitgliedschaft in derartigen Organisationen ein Großteil der Bevölkerung kontrolliert und ‚gleichgeschaltet‘ werden. Bekanntlich bestätigen Ausnahmen die Regel. Eine solche ist die Bewegung Solidarnosc in Polen, die rückblickend als ein Vorbote der Transformation nicht nur für dieses Land, sondern für Mittel- und Osteuropa insgesamt zu sehen ist.

Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen gab es zu Beginn der Transformation daher fast keine Verbände, die die Aufgaben der Interessenartikulation und der Verdichtung von Informationen für die Politikgestaltung hätten übernehmen sowie auf bewährte organisatorische



Strukturen und erfahrene Personen zurückgreifen können. Zwar bildeten sich in allen Ländern schnell politische Parteien, jedoch entstanden nur zögerlich weitere Organisationen, die sich am Aufbau vor allem von formalen Institutionen beteiligten.

Andererseits geht mit der Transformation eine Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft einher. Aus diesem Grunde ist es sehr wichtig, schon in der Anfangsphase dieser Prozesse zu beginnen, die vielfältigen wirtschaftlichen, aber auch kulturellen und sozialen Interessen zunächst zu artikulieren und dann zu bündeln, um sie auf ein ‚überschaubares Maß‘ zu reduzieren. Das Problem einer Gesellschaft ist keineswegs dieser Pluralismus. Er kann erst dann für eine Gesellschaft zur Belastung werden, wenn sie nicht durch die verschiedensten Organisationen integriert ist, wenn keine Zivilgesellschaft besteht.

**Verbände  
artikulieren und bündeln  
Interessenvielfalt**

In den Transformationsländern mussten und müssen demnach nicht nur Institutionen geschaffen, sondern auch die notwendigen organisatorischen Strukturen errichtet werden, um das Erarbeiten von Gesetzen und anderen formalen Institutionen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Voraussetzung hierfür ist aber ebenso eine breite Basis von Personen – eine Zivilgesellschaft –, die sich an der Willensbildung durch Mitgliedschaft in derartigen Verbänden beteiligt. Was die formalen Institutionen, also Gesetze, Verordnungen usw. betrifft, so sind zudem ebenfalls effiziente politische Entscheidungsprozesse erforderlich.

**Verbände – Teil der  
Zivilgesellschaft**

Für jedes Land – auch die westlichen – ist wichtig, dass Institutionen nur dann ihre Wirkung erreichen, wenn diese von möglichst allen Personen akzeptiert werden. Die zunehmende Individualisierung und Anonymisierung der Gesellschaften, die in jüngster Zeit verstärkt zu beobachten ist, geht einher mit einer Abschwächung sozialer Bindungen. Dies lässt sich insbesondere für Ballungszentren feststellen. Hieraus wiederum resultiert eine abnehmende Bereitschaft der Gesellschaft, die Einhaltung der Institutionen zu kontrollieren, was deren Durchsetzung erschwert. Der gesellschaftliche Druck auf die Mitbürger, ein bestimmtes Verhalten an den Tag zu legen, nimmt ab. Dies wirkt sich besonders bei informellen Institutionen wie Sitten und Gebräuche aus. Das soziale Beziehungsgeflecht ist als eine notwendige Voraussetzung für das Kontrollieren von vor allem informellen Institutionen anzusehen.

Als weitere Bedingung für eine effektive Überwachung der Einhaltung von Institutionen gilt, dass die Ausübung dieser Tätigkeit nicht zu einem wirtschaftlichen Verlust führt. Demnach müssen die dadurch anfallenden Kosten von den daraus entstehenden Vorteilen zumindest aufgewogen werden. Weil dies allgemein ohne Entlohnung nicht leicht zu erreichen ist, werden mit der Durchsetzung der formalen Institutionen bestimmte Personen betraut – im wesentlichen Verwaltung und Justizwesen –, die diese Aufgabe berufsmäßig ausüben und dafür entlohnt werden. Dies auch auf die Überwachung der informellen Institutionen anzuwenden ist sehr schwierig, was ein weiterer Grund dafür ist, dass diese zunehmend weniger kontrolliert werden.

Wenn Verbänden in demokratischen Gesellschaftssystemen eine so große Bedeutung im politischen Geschehen zukommt, warum bildeten sich solche Organisationen dann nicht sehr viel schneller und in größerer Anzahl als tatsächlich geschehen? Ein wichtiger Grund ist darin zu sehen, dass von der Arbeit eines Verbandes, z. B. der Interessenvertretung im politischen Willensbildungsprozess, nicht nur dessen Mitglieder profitieren. Es haben auch diejenigen Vorteile,

**Geringe Anreize  
für Mitgliedschaft in  
Verbänden, denn ...**

die dieselben Interessen verfolgen, aber nicht Mitglied sind und damit weder mit Beitragszahlungen noch mit persönlichem Engagement dazu beitragen, die Verbandsarbeit zu ermöglichen. Ein Großteil der Leistungen von Verbänden sind öffentliche Güter, von deren Nutzung Nicht-Mitglieder nicht ausgeschlossen werden können.

***... Gesetze sind öffentliche Güter***

Gesetze haben ebenfalls den Charakter öffentlicher Güter. Man könnte erwarten, dass alle Personen, die positiv oder negativ von einem zu verabschiedenden Gesetz betroffen sind, ein Interesse haben, an dessen Gestaltung mitzuwirken. Bei einem öffentlichen Gut ist dieser Sachverhalt jedoch anders. Jeder Einzelne wird die Hoffnung hegen „... die anderen werden es schon richten“. Er wird versuchen, als ‚Trittbrettfahrer‘ ohne eigenen Aufwand seinen Nutzen durch das neue Gesetz zu steigern oder eine mögliche Erhöhung der Kosten zu vermeiden. Es liegt in seinem Interesse zu warten, bis eventuell andere das Kollektivgut Gesetz bereitgestellt haben.

***Steigerung der Mitgliedschaft möglich***

Das Dilemma der mangelnden Freiwilligkeit, sich an der Bereitstellung öffentlicher Güter, z. B. bei der Gestaltung von Gesetzen, durch Mitgliedschaft in Verbänden zu beteiligen, kann mittels positiver oder negativer Anreize oft beseitigt, jedoch zumindest gemildert werden. Als positiven Ansporn bietet sich an, den Mitgliedern derartiger Organisationen zusätzliche Leistungen zur Verfügung zu stellen, für die das Ausschlusskriterium gilt und die deshalb keine öffentlichen Güter darstellen. Das Ausschlusskriterium besagt, dass diejenigen Personen von der Inanspruchnahme oder Nutzung eines Gutes ausgeschlossen werden können, die nicht bereit sind, einen angemessenen Preis zu zahlen. Deshalb bieten Bauernverbände neben der politischen Interessenvertretung auch immer spezielle Dienstleistungen wie z. B. Beratung an, die nur von Verbandsmitgliedern in Anspruch genommen werden können. Mit derartigen Leistungen wird versucht, den Nutzen einer Mitgliedschaft soweit zu erhöhen, dass er die mit ihr verbundenen Beiträge und sonstigen Kosten aufwiegt.

Auch durch negative Anreize lässt sich die Mitgliedschaft in Organisationen verbessern. Diese können von sehr unterschiedlicher Art sein, die von staatlich erzwungenen Zahlungen bei Nicht-Mitgliedschaft bis zu einer obligatorischen Teilnahme reicht. Da solche Maßnahmen jedoch einen starken Eingriff in die persönliche Freiheit darstellen, dürften sie nur in Ausnahmefällen angemessen sein.

***Gegensatz zwischen Geschwindigkeit und Tiefe des institutionellen Wandels***

In den Transformationsländern war der Grad der Selbstorganisation in den ersten Jahren der Umstrukturierung sehr niedrig und erreichte erst mit fortschreitender Dauer ein kritisches Minimum. Dabei lässt sich ein gewisser Widerspruch ausmachen. Das Fehlen von Verbänden in der Anfangsphase der Umstrukturierung bot den politischen Parteien die Möglichkeit der schnellen Vorgehensweise, weil ein wichtiges Regulativ fehlte. Die Entscheidungsverfahren ließen sich zügig abwickeln, so dass in dieser Periode der institutionelle Wandel durchaus beachtlich war. Dies gilt für alle Transformationsländer. Westliche Beobachter äußerten immer wieder ihr Erstaunen darüber, dass sehr zügig und mit relativ geringem Abwägen der Vor- und Nachteile in der Anfangsphase viele marktwirtschaftliche Institutionen bereitgestellt wurden.

Jedoch ziehen derartig vereinfachte Prozeduren andere Effekte nach sich, die sich ungünstig auswirken. Da die Politik unter diesen Umständen stark vom gesellschaftlichen Umfeld abgekoppelt

ist, verlieren die Umstrukturierungsmaßnahmen sehr schnell an breiter Unterstützung bei den Betroffenen. Weil es die Interessenverbände nicht oder nur in zu geringer Zahl gab, konnten sie Informations- und Kontrollfunktionen nicht bzw. nur in geringem Umfang anbieten. Dadurch manövrierte sich die Politik in ein Legitimationsvakuum hinein. Schnelle Entscheidungen sind eben nicht immer die ausgewogensten.

***Legitimationsvakuum  
durch zu wenig  
Verbände***

Damit Verbände arbeiten können, benötigen sie ebenfalls formale und informelle Institutionen. Die Satzung und Geschäftsordnung eines Verbandes zählen z. B. zu den formalen Institutionen. Die Gepflogenheiten beim Umgang der Mitglieder untereinander sind dagegen den informellen Institutionen zuzurechnen. Was eingangs über das Wirken und die Durchsetzungsmöglichkeiten von Institutionen allgemein gesagt wurde, trifft demnach auch auf Verbände zu. Dementsprechend lassen sich die Strukturen westlicher Verbände als Muster beim Aufbau der Organisationen in den Transformationsländern heranziehen. Aber auch hier muss man erkennen, dass die Institutionen nicht einfach übernommen werden können, sondern dass in der Regel erhebliche Anpassungen notwendig sind. Im Westen sind Institutionen langsam gewachsen. Deren heutige Bedingungen liegen oftmals in den Transformationsländern nicht vor. Auf Grund der Erfahrungen aus sozialistischen Zeiten ist das Misstrauen gegenüber derartigen Organisationen in Mittel- und Osteuropa stark ausgeprägt. Das erschwert über das Trittbrettfahren hinaus die individuelle Bereitschaft zu einer Mitgliedschaft in Interessenvertretungen.

***Verbände durch  
Institutionen geprägt***

Die Anstrengungen von westlicher Seite, beim Aufbau von Verbänden Hilfestellung zu geben, sind intensiv und auch sehr breit gefächert. Beispielsweise beteiligen sich die Bauernverbände der EU-Mitgliedsländer und ebenso deren Dachverband an der Strukturierung ähnlicher Organisationen in den Transformationsländern. Unterdessen gibt es in allen Beitrittsländern einen Bauernverband – in den meisten dieser Länder sogar mehr als einen, was gewisse Konkurrenzbeziehungen schafft –, aber damit ist deren Wirken auf die Politikgestaltung noch nicht gesichert. Jeder einzelne Verband muss sich eine angemessene Struktur geben.

An wenigen Beispielen der Verbandsstruktur in Polen lässt sich das Gesagte verdeutlichen. In den anderen Transformationsländern bestehen im Prinzip die gleichen oder ähnliche Probleme. Polen unterscheidet sich jedoch etwas, weil die Anfänge der Entwicklung demokratischer Interessenvertretungen bereits vor dem politischen Umbruch lagen.

Gegenwärtig gibt es in Polen drei überregionale Bauernverbände. Davon sind zwei eigenständige Organisationen mit individueller Mitgliedschaft, während der dritte eine Dachgesellschaft ist, der regionale und lokale Verbände mit einem breiten Interessenspektrum angehören. Die Bauernverbände sind neben einer im Sejm vertretenen Partei die Hauptträger der politischen Meinungsbildung für die Landwirtschaft sowie deren Lobbyarbeit. Zusätzlich zu diesen Organisationen, die landesweit tätig sind, haben in Polen Branchenverbände eine Tradition, die auch bereits auf die 70er Jahre zurückgeht. In über 30 unterschiedlichen Verbänden sind lokal agierende, überwiegend produktbezogene Vereine organisiert. Ihr Hauptarbeitsfeld liegt weniger in der politischen Interessenvertretung als vielmehr in fachbezogener Beratung und im Informationsaustausch. Allerdings finden sich in diesen Verbänden auch Gruppen, die agrarpolitische Interessen zum Ausdruck bringen, wie zum Beispiel der Nationale Arbeitgeberverband,

***Landwirte Polens durch  
drei Bauernverbände  
vertreten***

der Verband der Landwirtschaftlichen Produzenten, der Verband landwirtschaftlicher Unternehmer, der Arbeitnehmergebundener Verband und weitere. Besonders das Vorhandensein mehrerer Verbände mit sehr ähnlichen Namen aber teilweise gegensätzlichen Interessen zeigt, dass der Prozess der Interessenspolarisation noch nicht abgeschlossen ist.

Charakteristisch für den Aufbau der Verbände ist, dass eine vertikal gegliederte Interessenvertretung in produktbezogenen Erzeugerverbänden, die von der Primärproduktion bis zum Endproduzenten reicht, bisher selten zu finden ist. Deshalb haben die genannten Verbände zudem die Aufgabe, die Interessen der Primärproduzenten gegenüber der Industrie zu vertreten. Allerdings sind in die praktische Verbandstätigkeit oft Vertreter der Verarbeitungsindustrie informell einbezogen, ohne dass sich daraus jedoch rechtsverbindliche Verpflichtungen ergeben.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass eine gut funktionierende Verbandsstruktur eine wichtige Voraussetzung für den Beitritt zur EU ist. Dadurch werden zum einen die Beitrittsvorbereitungen erleichtert. Zum anderen würden die Landwirte in den Kandidatenländern nach deren Beitritt ansonsten wesentlich schlechter in Brüssel vertreten sein als diejenigen der jetzigen EU-Mitgliedsstaaten. Die Ausgewogenheit der Gemeinsamen Agrarpolitik zwischen den dann auf 27 gewachsenen Mitgliedstaaten wäre sicherlich wesentlich schwieriger zu erreichen.

***Verbände – eine Voraussetzung für den EU-Beitritt***



## Betriebs- und Eigentumsstrukturen in der Landwirtschaft Mittel- und Osteuropas

EBERHARD SCHULZE UND PETER TILLACK

Zehn Jahre Transformationsprozess haben die Eigentumsverhältnisse, Betriebsstrukturen und Rechtsformen in der Landwirtschaft der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) wesentlich verändert. Obwohl die MOEL, abgesehen von Polen und Jugoslawien, noch 1989/90 mit großen Produktionsgenossenschaften und Staatsgütern sowie einer Vielzahl von Hauswirtschaften eine weitgehend ähnliche Struktur aufwiesen, ist eine in dieser Form kaum erwartete Differenzierung zwischen den Ländern eingetreten. Wie Untersuchungen zeigen, ist dafür eine Vielzahl von Faktoren verantwortlich. Dazu zählen insbesondere die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der neuen Eigentümer und agierenden Gruppen, die von diesen vertretenen ideologischen Auffassungen und ökonomischen Theorien, die politische und wirtschaftliche Situation, das Verständnis der Geschichte sowie der religiöse und kulturelle Hintergrund.

Im Verlaufe des Privatisierungsprozesses stellten sich folgende Kernfragen: Mit welchem Ziel und auf welchem Weg soll die Privatisierung vollzogen werden, welche Leitbilder gelten für die Umstrukturierung der Großbetriebe – sollen die Großbetriebe aufgelöst und durch Familienbetriebe ersetzt oder in leistungsfähige marktwirtschaftlich orientierte mittelständische Unternehmen umgewandelt werden? Bei allen künftigen EU-Beitrittskandidaten bestand Klarheit darüber, dass Boden und Kapital so weit wie möglich zu privatisieren sind, in Russland dagegen ist dieser Standpunkt nach wie vor heiß umkämpft, und in Belarus spielt er bisher so gut wie keine Rolle. Die Verfechter des Leitbildes des Familienbetriebes forderten die Auflösung der sozialistischen Großbetriebe, andere setzten sich für ihre Umwandlung in marktwirtschaftliche Unternehmen ein, um Größenvorteile auszunutzen. Ausgehend von theoretisch begründeten Vorzügen von Familienbetrieben und Kapitalgesellschaften wurden insbesondere die Produktivgenossenschaften als nicht effizient beurteilt. Schließlich hatte jeder Eigentümer eigene Vorstellungen über seine Gewinnerwartungen, was in der Entscheidung, einen Familienbetrieb zu gründen, im Großbetrieb zu verbleiben oder eine andere Tätigkeit aufzunehmen, seinen Ausdruck fand. Im Ergebnis all dessen entstanden schließlich die in Tabelle 1 enthaltenen Betriebsstrukturen, dargestellt als Anteil der verschiedenen Rechtsformen an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (LF) und der durchschnittlichen Betriebsgröße (ha LF).

Im Baltikum, in Polen, Slowenien, Rumänien und Albanien wird inzwischen der größte Anteil der landwirtschaftlichen Fläche von Familienbetrieben bewirtschaftet, in Bulgarien ist es etwa die Hälfte. In Tschechien, der Slowakei, Ungarn und den GUS-Ländern überwiegen hingegen die Großbetriebe, d.h. Genossenschaften und Kapitalgesellschaften.

In den baltischen Ländern bestand die politische Zielstellung darin, die Auswirkungen der sowjetischen Besetzung rückgängig zu machen, was auch seinen Niederschlag in der Auflösung der meisten ehemaligen Kolchosen und Sowchosen und der Gründung von Familienbetrieben fand. In Albanien und Rumänien waren die Ineffizienz der gering mechanisierten Großbetriebe und der massive politische Druck bei ihrer Einrichtung wesentliche Gründe dafür, dass die Mitglieder diese

***Viele Faktoren beeinflussen den Transformationsprozess***

***Unterschiedliche Leitbilder***

***Familienbetriebe vor allem in Ländern mit ineffizienten Großbetrieben***

Tabelle 1  
Betriebsstruktur in den  
mittel- und osteuropäischen  
Ländern

Land	Jahr	Familienbetriebe <sup>1</sup>		Hauswirtschaften		Genossenschaften		Staatsbetriebe		Kapitalgesellschaften und sonst.	
		% LF	ha LF	% LF	ha LF	% LF	ha LF	% LF	ha LF	% LF	ha LF
Estland	1998	39	9	12	0,7	-	-	25 <sup>2</sup>	-	24 <sup>3</sup>	472
Lettland	1997	95	24	-	-	-	-	1	340	4	309
Litauen	2000	50	5	22,5	2,2	0,5 <sup>4</sup>	-	20 <sup>2</sup>	-	7	206
Polen	1999	84	8	-	-	2	222 <sup>6</sup>	6	620 <sup>6</sup>	8	333 <sup>5</sup>
Slowakei	1999	9	11	14 <sup>7</sup>	-	50	1537	0,3	3071	27	1125
Tsch. R. <sup>8</sup>	1999	24	25	-	-	32	1394	<1	-	43	530
Slowen.	1997	96	5	-	-	-	-	4	371	-	-
Ungarn	2000	41	9 <sup>9</sup>	4	<1	-	833 <sup>6</sup>	-	7779 <sup>6</sup>	59 <sup>10</sup>	204 <sup>6</sup>
Rumän.	1997	67	3	-	-	12	451	21	3657	-	-
Bulgari.	1999	38	>1	14	<1	42 <sup>6</sup>	637 <sup>6</sup>	6 <sup>6</sup>	735 <sup>6</sup>	-	-
Albanien	1997	97	1,2	-	-	-	-	-	-	3	.
Russland	1998	7	35 <sup>11</sup>	3	0,4	22	5200	17	6150	51	7000
Ukraine	1998	3	29	14	0,5	76 <sup>12</sup>	2519	7	635	-	-
Belarus	1998	1	21	15	0,5	61	2520	23	2860	-	-
Moldau	1998	18	1,5	-	-	60	921	4	585	18	1182

Anmerkung: <sup>1</sup>Familienbetriebe und Haushalte gemischt, wenn in Statistik nicht getrennt, <sup>2</sup>LF in staatlicher Verwaltung ohne landwirtschaftliche Nutzung, <sup>3</sup>alle Großbetriebe, <sup>4</sup>Staatsbetriebe und Genossenschaften, <sup>5</sup>andere Nutzer von Staatsland, <sup>6</sup>1998, <sup>7</sup>andere landwirtschaftliche Fläche <sup>8</sup>ohne Haushalte, <sup>9</sup>Betriebe >1ha, <sup>10</sup>alle Betriebe außer Familienbetriebe und Haushalte, <sup>11</sup>2000, <sup>12</sup>bis Mai 2000 umgebildet in Hauswirtschaften (7% der Betriebe), private Pachtbetriebe (21%), Gesellschaften (46%), Produktionsgenossenschaften (23%) u. a.

Quellen: Länderstatistiken.

auflösten und ebenfalls Familienbetriebe gründeten, von denen viele vor allem der Eigenversorgung dienen (Subsistenzwirtschaften). Die Entwicklung in Bulgarien war geprägt von der Machtübernahme durch Parteien, die eine strikte Privatisierung beschlossen und sie auf der lokalen Ebene mit der Liquidation der Großbetriebe verbanden, wobei allerdings ähnlich wie bei der vorhergegangenen Kollektivierung den unmittelbar Betroffenen kaum ein Mitspracherecht eingeräumt wurde. In der Zwischenzeit sind aber zum Teil erneut Großbetriebe entstanden.

Eine wichtige Rolle für die Gründung von Einzelbetrieben spielten auch soziale Belange, da oft nur auf diese Weise die Existenz der Familie in der Zukunft gesichert werden konnte.

In der Tschechischen und der Slowakischen Republik blieb ebenso wie in den neuen Bundesländern die Mehrheit der Großbetriebe bestehen. Einerseits war das Management davon überzeugt, dass mit ihnen effizient produziert werden kann und setzte sich deshalb für ihre Weiterexistenz bei gleichzeitiger Umstrukturierung in marktwirtschaftliche Unternehmen ein. Andererseits hielten die ehemaligen LPG-Mitglieder und Landarbeiter die Sicherung ihrer Einkommen mit kleinen Betrieben auf geringer Fläche nicht für möglich. Da sich zudem alternative Einkommensquellen in anderen Wirtschaftszweigen anboten bzw. das Sozialsystem einen Mindestlebensstandard sicherte, waren sie nicht wie z. B. die ehemaligen Genossenschaftsbauern in Rumänien gezwungen, eigene Betriebe zu gründen.

In den europäischen Ländern der GUS gilt für das Management die gleiche Feststellung wie in Tschechien und der Slowakei. Hinzu kommen jedoch zum Teil ungeklärte Fragen bei der Privatisierung, historisch bedingte Auffassungen zum gemeinsamen Bodeneigentum, die Möglichkeit, den Großbetrieb für die Hauswirtschaft auszunutzen sowie die Furcht, bisher vom Großbetrieb gewährte Sozialleistungen nicht mehr zu erhalten, weil der Staat wegen der Wirtschaftskrise kaum in der Lage ist, diese Funktion zu übernehmen (vgl. Abele, Biesold, Reinsberg).

Aus Tabelle 1 können auch Erkenntnisse zur Eigentumsstruktur abgeleitet werden. In den EU-Beitrittsländern ist die Fläche, die nicht von Staatsbetrieben bewirtschaftet wird, fast vollständig privatisiert. Die Rückgabe der im allgemeinen kleinen Flächen bzw. die Aufteilung des Bodens an viele Personen führte zu einem relativ stark zersplitterten Bodeneigentum.

In Russland besteht die Besonderheit des sogenannten kollektiv-geteilten Bodeneigentums. Bei der Denationalisierung des Bodens wurde dieser 1990/91 den Großbetrieben übertragen, die ihn an berechnigte Personen (Mitglieder bzw. Landarbeiter, Pensionäre, Arbeiter der sozialen Sphäre) in Form von Bodenanteilen aufteilen konnten. Juristisch ist unklar, ob der Boden den Betrieben oder der Gemeinschaft der Eigentümer der Bodenanteile gehört. Außerdem sind die Verfügungsrechte an den Bodenanteilen beschränkt. Es kann keinesfalls von privatem Bodeneigentum im westlichen Sinne gesprochen werden. Nur wer aus dem Großbetrieb ausgeschieden ist und einen Familienbetrieb gegründet hat, besitzt Verfügungsrechte über den Boden. Allerdings ist auch für diese Eigentümer der Bodenverkauf ungeklärt, weil dazu bisher keine eindeutige Rechtsgrundlage existiert. Auf ganz Russland bezogen nahmen 1998 die verschiedenen Formen des landwirtschaftlichen Bodeneigentums folgende Anteile ein: Privateigentum 10 %, kollektiv-geteiltes Eigentum 56 %, Staatseigentum (einschließlich Gemeinden) 34 %.

Im Unterschied zu Russland ist in der Verfassung der Ukraine festgelegt, dass es nur staatliches und privates Eigentum geben darf. In einem Dekret des Präsidenten wurden 1999 den Besitzern von Bodenanteilen auch alle Verfügungsrechte zugesprochen. Allerdings ist deren Realisierung schwierig, weil die physische Zuordnung der Grundstücke zu den Eigentümern mit hohen Transaktionskosten verbunden ist. Das Privateigentum am Boden betrug im Jahr 2000 44,3 %, das Staatseigentum 48,5 % und das noch vorhandene Kollektiveigentum 7,2 %.

Die Aufteilung des Sachkapitals erfolgte in den einzelnen Ländern in ähnlicher Weise. Sie unterscheidet sich vom Vorgehen in den neuen Bundesländern insofern, als aus dem Vermögen keine

***Mechanisierte und effizientere Großbetriebe blieben erhalten***

***Bodenreformen führten zu kleinstrukturiertem Bodeneigentum***

***Vorwiegend kollektiv-geteiltes Eigentum in Russland***

### **Aufteilung des Kapitals anders als in Ostdeutschland**

Zinsen bzw. Pacht für die vergangene Nutzung des Kapitals und des Bodens durch die LPG bzw. Staatsgüter an die ursprünglichen Eigentümer zu zahlen waren. Grundlage für die Aufteilung des Vermögens bildeten entweder das bei der Kollektivierung eingebrachte Kapital sowie das insgesamt erzielte Arbeitseinkommen oder nur letzteres, wenn die Kollektivierung zu weit zurück lag (GUS-Staaten). Bestehende Altschulden mussten hierbei berücksichtigt werden.

Wie ist der erreichte Entwicklungsstand bei der Privatisierung und Umstrukturierung in der Landwirtschaft zu bewerten?

Die Bodenreform ist am weitesten in Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und Slowenien vorangeschritten. Maßstab für diese Einschätzung ist u. a. der erreichte Stand bei der Herausbildung der Institutionen für den Bodenmarkt. In den anderen EU-Beitrittsländern ist der überwiegende Teil des Landes zwar ebenfalls privatisiert, aber die Registrierung ist noch nicht weit genug gediehen. Letzteres wirkt sich negativ auf die Entwicklung des Bodenmarktes aus. Russland bleibt wegen des kollektiv-geteilten Eigentums bei der Herausbildung privaten Bodeneigentums zurück. Beispielsweise sprach sich bei Untersuchungen im Gebiet Nowosibirsk die Mehrheit der befragten Personen dafür aus, dass der Boden Gemeindeeigentum sein soll. Diese Auffassung geht offensichtlich auf die früher existierende Bodenumverteilungsgemeinde (Obschtschina, bis 1917) zurück. Gegenwärtig wird in Russland an dem dringend erforderlichen neuen Bodenkodex gearbeitet, der möglicherweise einen Fortschritt bei der Privatisierung des Bodens bringen wird. In Belarus gibt es hierzu lediglich erste Ansätze, die aber nicht den landwirtschaftlich genutzten Boden der Großbetriebe betreffen, der sich weiterhin in Staatseigentum befindet.

Tabelle 2 beinhaltet einige wichtige Daten zu den Bodenmärkten ausgewählter Länder.

Tabelle 2

*Landwirtschaftliche Bodenmärkte in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas*

Land	Stand der Registrierung (1998) %	Bodenverkauf % LF	Pachtfläche % LF
Estland	31,7 <sup>1</sup>	-	-
Polen	90/30 <sup>2</sup>	1,67 (1997)	20
Tschechische Rep.	ca. 93	0,21 (1996)	90
Slowakische Rep.	ca. 70	0,29 (1998)	96
Ungarn	100/85 <sup>2</sup>	-	> 70
Rumänien	73,8	0,15 (1998)	-
Bulgarien	16,8 <sup>2</sup>	-	70 – 80
Albanien	40	-	-
Russland	-	0,08 (1998)	1,4
neue Bundesländer	annähernd 100	0,90 (1999)	90

Anmerkung: <sup>1</sup> bis September 1998, <sup>2</sup> Urkunde an Eigentümer/Grundbesitztragung; für alle anderen Länder keine Unterschiede in der Statistik angegeben, <sup>3</sup> bis August 1998.

Quellen: Länderstatistiken.



Aus Tabelle 2 ist zu entnehmen, dass die Registrierung des Eigentums unterschiedlich weit fortgeschritten ist. In den Ländern, in denen der Boden zur Zeit der Planwirtschaft formal noch Privateigentum und in das Grundbuch eingetragen war – die Eigentümer konnten allerdings nicht über ihn verfügen – ist bereits der weitaus größte Teil des Bodens als Eigentum registriert. In den Ländern, in denen der verstaatlichte Boden verteilt (Albanien) bzw. an die Alteigentümer zurückgegeben wurde (Estland), dauert die Bodenreform wesentlich länger als erwartet und wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen, da die erforderlichen institutionellen Voraussetzungen erst geschaffen werden mussten. Das trifft auch auf Bulgarien und zum Teil auf die Slowakei zu, wo der Boden zwar nicht verstaatlicht war, aber die Zuordnung des Eigentums ebenfalls schwierig ist.

Im Zusammenhang mit dem auch in der Vergangenheit vorhandenen privaten Bodeneigentum und des sich verstärkenden Strukturwandels ist in Polen der Kauf und Verkauf von Boden besonders hoch, höher als in den neuen Bundesländern. In den anderen Ländern ist er im Vergleich dazu noch niedrig.

Der Pachtanteil korrespondiert mit der Betriebsgrößenstruktur. In Ländern mit vorwiegend Kleinbetrieben ist der Pachtanteil gering, wogegen er mit zunehmendem Anteil von Großbetrieben ansteigt. In Russland wird in der Statistik ebenfalls ein hoher Pachtanteil ausgewiesen. Auf Grund des kollektiv-geteilten Eigentums besteht aber keine freie Wahl des Pächters. Der Boden kann nur an den Betrieb verpachtet werden, von dem der Eigentümer den Bodenanteil zugesprochen bekam. In Tabelle 2 ist deshalb nur der an Privatpersonen (Bauern, Eigentümer von Hauswirtschaften und andere Bürger) verpachtete Flächenanteil ausgewiesen. Auf diese bezieht sich auch der angegebene Bodenverkauf. Die Pachtdauer beträgt wegen der unsicheren wirtschaftlichen Bedingungen häufig nur ein bis drei Jahre. Die Verpächter wollen sich auf diese Weise die Vorteile möglicher steigender Pachtpreise sichern. Die Pächter möchten hingegen bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen keine Risiken eingehen, jedoch werden damit auch die Chancen einer langfristigen Betriebsplanung und Kreditgewährung vermindert.

Die Auffassung, dass ausgehend von der Wettbewerbstheorie allen Rechtsformen durch den Staat gleiche Entwicklungschancen einzuräumen sind, ist bei weitem nicht in allen MOEL übliche Praxis. Während sich in einigen Ländern die Agrarpolitik am Leitbild des Familienbetriebes orientiert und z. B. juristische Personen in Ungarn kein Land kaufen dürfen und Produktivgenossenschaften diskriminiert werden, sind in Russland und Belarus Familienbetriebe benachteiligt.

Familienbetriebe haben den Vorteil, dass die mitarbeitenden Familienmitglieder größere Anreize zum ökonomisch nachhaltigen Wirtschaften haben als die Beschäftigten in kapitalistischen und sozialistischen Großbetrieben. Das hat bereits der große russische Agrarökonom T<sub>SCHAJANOW</sub> in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts überzeugend begründet. Große Familienbetriebe, die den mechanisch-technischen Fortschritt ausnutzen können, sind deshalb ökonomisch vorteilhaft. Das gilt im allgemeinen nicht für kleine Familienbetriebe, da in ihnen Kostendegressionen nicht wirksam werden können. Gerade die in Mittel- und Osteuropa neu entstandenen Familienbetriebe sind aber relativ klein – große gibt es erst wenige, so dass größere Betriebe anderer Rechtsformen einschließlich Produktivgenossenschaften durchaus

***Bodenmärkte unterschiedlich entwickelt***

***Institutionen haben der möglichen Vielfalt der Rechtsformen Rechnung zu tragen***

eine Chance haben, die beim Anreizsystem bestehenden Nachteile auszugleichen. Allerdings können auch Kleinbetriebe wirtschaftlich stabil sein, wenn sie als Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaftet werden und der größte Teil des Familieneinkommens außerhalb der Landwirtschaft erarbeitet wird. Diese Möglichkeit ist jedoch in den mittel- und osteuropäischen Ländern ebenfalls noch nicht im ausreichenden Maße vorhanden.

Bereits 1957 hatte der deutsche Betriebswirt ROSENKRANZ die zunehmenden ökonomischen Chancen von mechanisierten landwirtschaftlichen Großbetrieben in der Zukunft erkannt, da Maschinensysteme die Organisation nach dem Produkt und dem dafür vorteilhaftesten Verfahren ermöglichen, ohne dass die Flächenausstattung begrenzend wirkt. Heute können Flächen zugepachtet bzw. durch den Kauf von Dienstleistungen die Vorteile der Organisation der Produktion nach technologischen und ökonomischen Erfordernissen genutzt werden. Allerdings setzt diese

Organisationsform relativ viel Kapital voraus, an dem in Mittel- und Osteuropa häufig Mangel besteht, weil es im Verhältnis zur Arbeit teuer ist. Wenig mechanisierte Familienbetriebe können deshalb wiederum gegenüber unterkapitalisierten Großbetrieben ökonomische Vorteile bieten.

Die diskutierten Vor- und Nachteile von kleineren Familienbetrieben einerseits und Großbetrieben andererseits zeigen, dass jeder Dogmatismus hinsichtlich Betriebstyp und -größe zu vermeiden ist. Allen sind im Wettbewerb die gleichen Chancen einzuräumen. Diese Möglichkeiten sind bisher vor allem in der Tschechischen Republik, der Slowakei, in Polen sowie in jüngster Zeit auch in Bulgarien und in der Ukraine gegeben.



## Nachfrage nach Nahrungsmitteln in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern

STEPHAN BROSIG, KRISTINA GLITSCH

Die privaten Haushalte der ehemals sozialistischen Länder mussten im Transformationsprozess ihr Konsumverhalten an grundlegend neuen Rahmenbedingungen orientieren. Während zu Zeiten der zentralen Planwirtschaft viele Lebensmittel subventioniert waren und der Konsum vor allem von der Verfügbarkeit bestimmt wurde, führten insbesondere zu Beginn der 90er Jahre Kaufkraftverluste breiter Bevölkerungsschichten und ein neues Preisgefüge zu erheblichen Änderungen von Niveau und Struktur des Nahrungsmittelkonsums mit Wirkung auf die Ernährungsqualität. In diesem Beitrag werden wesentliche Tendenzen des Nahrungsmittelverbrauchs in ausgewählten Transformationsländern Mittel- und Osteuropas aufgezeigt und erläutert.

Wie die große geographische Ausdehnung des hier betrachteten Raums (14 Transformationsländer) und seine klimatische und kulturelle Vielfalt vermuten lassen, unterscheidet sich die Nahrungszusammensetzung zwischen den Ländern wesentlich. Unterschiedliche Typen lassen sich anhand von Ähnlichkeiten der Konsumstruktur mit Hilfe einer Clusteranalyse identifizieren. Diese Methode zielt darauf ab, eine möglichst homogene Konsumstruktur innerhalb einer Ländergruppe und damit gleichzeitig eine größtmögliche Heterogenität zwischen Gruppen herzustellen. Wird der mengenmäßige Pro-Kopf-Konsum von Getreide-, Fleisch- und Milcherzeugnissen sowie von Eiern, Kartoffeln, Obst und Gemüse herangezogen, lassen sich vier Ländergruppen mit typischer Verbrauchsstruktur unterscheiden. Die identifizierten Ländergruppierungen zeigen, dass häufig gebrauchte regionale Abgrenzungen (Visegrád-Staaten, Balkan, GUS) auch geeignet sind, Gebiete mit spezifischen Ernährungsstrukturen zu unterscheiden:

- Verbrauchstyp 1: *Visegrád-Länder* (Slowakische Republik, Tschechische Republik, Polen, Ungarn)
- Verbrauchstyp 2: *GUS-Länder* (Russland, Ukraine, Weißrussland), *Lettland und Litauen*
- Verbrauchstyp 3: *Balkan-Länder* (Bulgarien, Rumänien), *Moldau*
- Verbrauchstyp 4: *Estland und Slowenien*

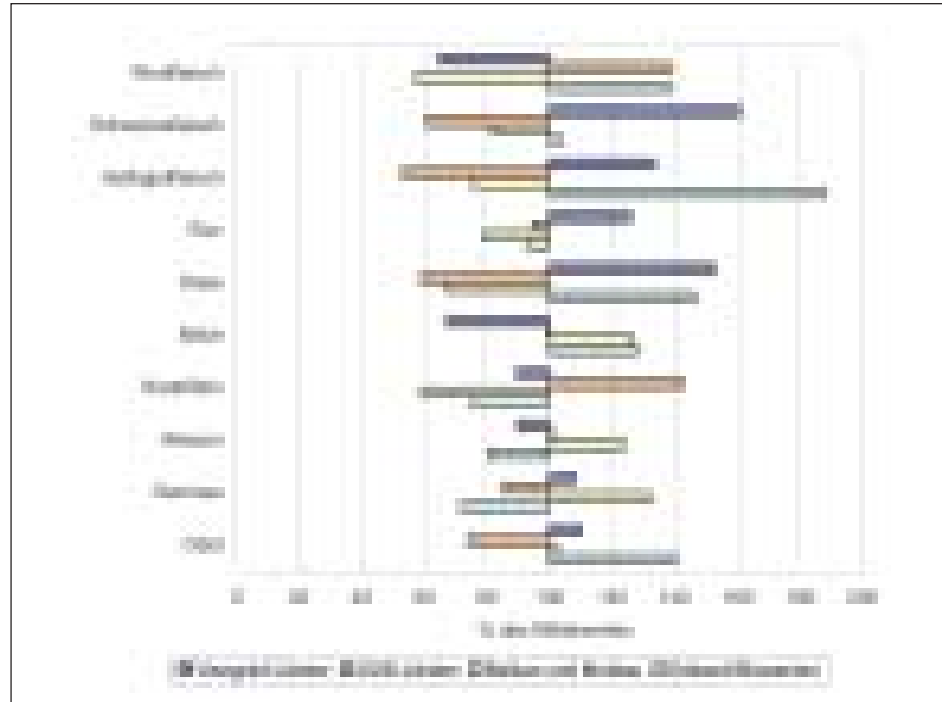
Was den typischen Nahrungskonsum in den Ländergruppen kennzeichnet, ist aus Abbildung 1 ersichtlich. Die Länge der Balken gibt an, wie weit sich der Konsum des jeweiligen Verbrauchstyps vom Durchschnitt aller in die Analyse einbezogenen Länder unterscheidet. In den *Visegrád-Ländern* ist der Nahrungsmittelkonsum durch einen z. T. besonders hohen Anteil an Schweine- und Geflügelfleisch sowie an Käse und Eiern gekennzeichnet. Dies sind überwiegend Produkte, die auch als Wohlstandsindikatoren fungieren und die wirtschaftlich vergleichsweise positive Situation in diesen Ländern widerspiegeln. Rindfleisch, Milch, Weizenerzeugnisse und Kartoffeln werden dagegen in verhältnismäßig geringem Umfang nachgefragt.

**Regional  
unterschiedliche  
Konsumstrukturen**

**Überdurchschnittlicher  
Konsum von tierischen  
Produkten in den  
Visegrád-Ländern**

Abbildung 1:

Pro-Kopf-Verbrauch  
von vier Verbrauchstypen  
in Prozent des MOEL-  
Durchschnitts (1998)



Quelle: eigene Berechnungen basierend auf: ZMP Agrarmärkte in Zahlen, Mittel- und Osteuropa, 2000.

**Kartoffeln und  
Rindfleisch in GUS-  
Ländern relativ  
bedeutsam**

Genau umgekehrt sind die Verzehrsgewohnheiten in den GUS-Ländern. Die Konsumenten dort essen wenig Schweine- und Geflügelfleisch, Eier, Obst und Gemüse. Stattdessen bilden Rindfleisch und Kartoffeln wichtige Bestandteile der Ernährung. Für *Rumänien, Bulgarien und Moldau* fällt der generell niedrige Konsum von tierischen Nahrungsmitteln auf. Überdurchschnittlich ist dort lediglich der Verbrauch von Milch, Gemüse und Weizen. Nahezu das Gegenteil trifft für die beiden Länder *Estland und Slowenien* zu: Tierische Lebensmittel besitzen einen hohen Stellenwert, stärkehaltige Nahrungsmittel und Gemüse sind von untergeordneter Bedeutung.

**Problematische  
Datenlage**

Bei dieser und den folgenden Betrachtungen darf nicht übersehen werden, dass die Datengrundlage zur Analyse des Nahrungsmittelkonsums in Mittel- und Osteuropa häufig mangelhaft ist. Für länderübergreifende sowie zeitlich vergleichende Analysen ist es problematisch, dass die Verfahren bei der Erhebung und Verarbeitung von Konsumdaten oft nicht vergleichbar sind bzw. dass sie während der 90er Jahre z. T. sogar wiederholt geändert wurden. Durch letzteres sind zwar notwendige Harmonisierungen der statistischen Systeme erreicht worden, allerdings auf Kosten zeitlicher Konsistenz. Die von nationalen und verschiedenen internationalen Institutionen publizierten Zahlen unterscheiden sich mitunter deutlich. Für die Darstellung im vorliegenden Beitrag wurden Daten über den Pro-Kopf-Konsum, sogenannte Food Balance Sheets, verwendet,

die die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) auf der Grundlage nationaler Datenquellen zusammengestellt hat. In diesen Zahlen ist der Konsum gekaufter sowie selbsterzeugter oder kostenlos erhaltener Nahrungsmittel zusammengefasst.

Die Höhe des Pro-Kopf-Konsums einzelner Nahrungsmittelgruppen vermittelt erste Anhaltspunkte zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsenergie und Protein. Abbildung 2 zeigt, wie sich der Verbrauch von Stärketrägern, Fleisch, Molkereiprodukten sowie von Obst und Gemüse in Bulgarien, Polen, Estland und Russland zwischen 1990 und 1998 entwickelt hat. Die Länder stehen stellvertretend für jeweils einen der vier Verbrauchstypen. Zum Vergleich ist der Durchschnittskonsum in der Europäischen Union angegeben.

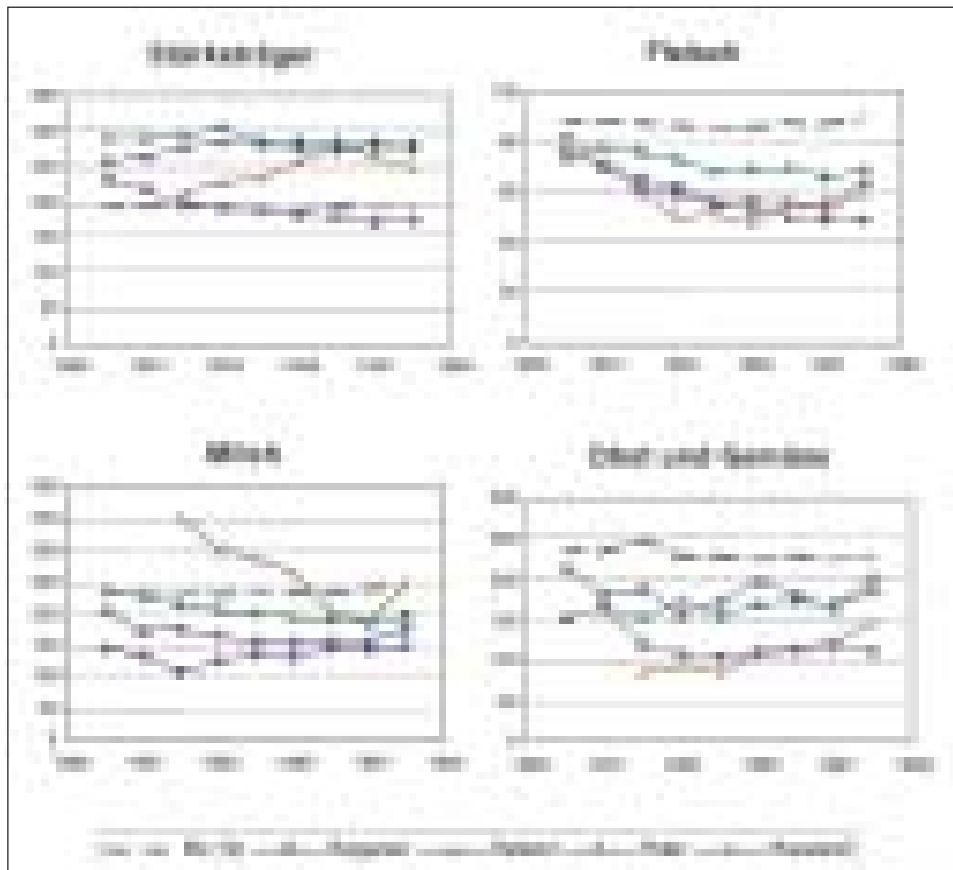


Abbildung 2:  
Jährlicher Pro-Kopf-  
Verbrauch ausgewählter  
Nahrungsmitteltypen in  
vier MOEL und der EU,  
1990-98 [kg]

Quelle: FAO: Food Balance Sheets.

### ***Konsumrückgänge bei Nahrungsmitteln tierischer Herkunft***

Grundsätzlich hatten Stärketräger in der Ernährung der Transformationsländer einen deutlich höheren Stellenwert als in der EU, während Produkte mit höherem Preis pro Kalorie (Fleisch- und Milchprodukte sowie Obst und Gemüse) vergleichsweise in geringerem Maße konsumiert wurden. Der Systemwechsel in den MOEL bewirkte, dass der Konsum dort zwischen 1990 und 1998 zum Teil erheblich variierte, während er in der EU fast konstant blieb.

Bei den eiweißreichen Produkten tierischer Herkunft waren zwischen 1990 und 1997 Konsumrückgänge zwischen 10 und 50 Prozent zu beobachten. Eine Ausnahme bildet der Milchkonsum in Russland, der sich nach einem zwischenzeitlichen Einbruch auf seinem allerdings sehr niedrigen Niveau stabilisieren konnte. Wesentlicher Grund für die Konsumrückgänge bei relativ teuren Nahrungsmitteln ist die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vieler Haushalte, die bis über die Mitte der 90er Jahre hinaus andauerte (vgl. Voigt). Hohe Arbeitslosen- und Inflationsraten sowie Defizite in den sozialen Sicherungssystemen führten vielfach zu einem Absinken der durchschnittlichen Kaufkraft, vor allem aber zu wachsender Ungleichheit und einem steigenden Anteil armer Bevölkerungsgruppen. Am wenigsten drastisch verlief diese Entwicklung in Polen. Nach einschneidenden Reformen gleich zu Beginn des Systemwechsels setzte dort schon bald ein wirtschaftlicher Aufwärtstrend ein, der sich für relativ breite Bevölkerungsgruppen positiv auswirkte. Eine weitere wesentliche Ursache für Konsumrückgänge bei den hochwertigen Produkten tierischer Veredlung liegt in ihrer überdurchschnittlichen Verteuerung, welche die Konsumenten zur Substitution animierte. Ursache des Preisanstiegs war ein schrittweiser Abbau der Lebensmittelsubventionierung in den Zentralverwaltungswirtschaften, die bei Milch- und Fleischprodukten besonders hoch war. Ein deutliches Beispiel hierfür ist der Milchkonsum in Estland, der zwischen 1992 und 1997 um über 50 Prozent zurückging. Der Konsum von Obst und Gemüse schwankte zwischen 1990 und 1998 von Jahr zu Jahr stärker als bei den anderen Produkten. Hier spielen Ernteschwankungen eine wichtige Rolle. Positive Trends beim Konsum dieses Produktaggregats lassen sich für Estland und Polen erkennen, in Russland erlebte der Konsum 1992 einen Einbruch. Unter dem Begriff „Stärketräger“ sind Getreideerzeugnisse und Kartoffeln zusammengefasst, also Nahrungsmittel, mit denen sich der Energiebedarf auf relativ preiswerte Weise decken lässt. Diese Produkte wurden von vielen Haushalten vermehrt konsumiert, um den erwähnten Rückgang des Fleisch- und Milchverzehrs auszugleichen. Diese Substitution, die zu Beginn der Umstrukturierung in allen Transformationsländern mehr oder weniger deutlich zu beobachten war, dauerte für Estland und die Russische Föderation noch über die Mitte der 90er Jahre hinaus an. In Bulgarien ging auch für diese Produkte der Konsum zurück.

Im Durchschnitt der Bevölkerung ist die Versorgung mit Energie und tierischem Protein trotz der beobachteten Rückgänge in den vier hier betrachteten Ländern ausreichend. Gemessen an Bedarfswerten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt die durchschnittliche Fett- und Proteinaufnahme in Russland sogar über dem Bedarf. Die Durchschnittswerte verschleiern allerdings, dass in vielen Transformationsländern erhebliche und wachsende Teile der Bevölkerung keinen Zugang zu ausreichender und ausgewogener Ernährung haben, während gleichzeitig Gesundheitsprobleme infolge von Übergewicht zunehmen. Die Food and Agricultural Organization (FAO) gibt den Anteil unterernährter Personen in allen Transformationsländern mit 6 Prozent an, in den Ländern der früheren Sowjetunion mit 7 Prozent. Fehlernährung ist wesentlich

weiter verbreitet und nach Angaben der WHO besonders in armen Haushalten anzutreffen. Proteinmangel als Folge der angesprochenen Substitution von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft durch billigere, pflanzliche Energieträger stellt dabei nur einen Teil des Problems dar. So sind zu fettreiche Kost und Mangel an Ballaststoffen, Vitaminen und Spurenelementen nicht zwangsläufig Folge einer preiswerten Ernährung, sondern sie deuten vor allem auf mangelndes Wissen über adäquate Ernährungsweisen hin.

Die am IAMO erfolgte Auswertung von Haushaltsbudgeterhebungen für Russland und die Ukraine zeigt, dass dort vor allem kinderreiche Haushalte und solche von Rentnern und Arbeitslosen besonders von Mangel- bzw. Fehlernährung betroffen sind. In ländlichen Regionen ist das Problem verbreiteter als in Städten. Die Ernährungslage (und damit die Gesundheit) der Angehörigen dieser Gruppen reagiert mitunter sehr sensibel auf Änderungen ihrer ökonomischen Rahmenbedingungen. Wenn bekannt ist, wie die Haushalte ihren Nahrungsmittelkonsum als Reaktion auf Änderungen ihrer Einkommen und der Preise von Nahrungsmitteln und Nicht-Nahrungsmitteln anpassen, kann dieses Wissen für Konsumprognosen sowie zur Vorabschätzung der Wirkungen sozial- und preispolitischer Maßnahmen auf die Ernährungslage genutzt werden. Eine entsprechende, am IAMO erstellte Studie zur Ermittlung der Reaktionsweisen russischer Haushalte zeigt beispielsweise, dass sich eine Einkommensumverteilung zugunsten ärmerer Haushalte positiv auf die Ernährung sowohl reicher als auch armer Bevölkerungsgruppen auswirken würde. Die Konsumreaktionen der Haushalte würden nämlich dazu führen, dass bei ärmeren Bevölkerungsschichten Protein- und Vitamindefizite und in höheren Einkommensgruppen eine Überversorgung mit Nahrungsenergie und Protein abgeschwächt würden. Die gezielte Subventionierung bestimmter Nahrungsmittel wäre dagegen als gesundheitspolitische Maßnahme weniger empfehlenswert, weil ein Großteil der dazu notwendigen staatlichen Mittel reicheren Bevölkerungsgruppen zugute käme. Bei diesen würde darüber hinaus das Problem einer übermäßigen Fett- und Proteinaufnahme zunehmen.

Das Problem der Fehlernährung wird in manchen Transformationsländern durch die weit verbreitete Eigenproduktion von Lebensmitteln gemindert. Diese ermöglicht vielen Haushalten eine abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung. Durch steigende Arbeitslosigkeit und einen starken Rückgang der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten hat sie seit Beginn der Transformation zunehmend Bedeutung erlangt. In der Ukraine nahm der Anteil der Haushalte, die auf eigenen Grundstücken Nahrungsmittel erzeugen, in der letzten Dekade zu und erreichte 1999 ca. 66 %. Bei Kartoffeln betrug der Anteil der privaten Produktion an der Gesamterzeugung 41 %, bei Geflügel 47 % und bei Milch 31 %. Eine Untersuchung über die Haushaltsproduktion von Nahrungsmitteln im Baltikum zeigt, dass die Eigenproduktion in mehr als einem Drittel der Haushalte maßgeblich zur Versorgung beiträgt, in Lettland sogar bei annähernd der Hälfte. Bei Gemüse hat die Haushaltsproduktion einen besonders hohen Stellenwert. Zwei Drittel der litauischen Haushalte versorgen sich ausschließlich mit eigenem Gemüse. Allerdings ist auch die Bewirtschaftung von privaten Flächen ein Privileg derer, die über ein gewisses Einkommen verfügen. Für ärmere Bevölkerungsgruppen sind Boden und Produktionsmittel kaum erschwinglich.

Die Entwicklung der Konsumstrukturen ist nicht nur das Resultat der Anpassungen an veränderte Einkommens- und Preisverhältnisse, sondern in starkem Maße auch Folge der gewachsenen

### ***Gruppenspezifische Ernährungsprobleme***

### ***Bedeutung der Haushaltsproduktion wächst***

Güterpalette sowie von Änderungen der Verbraucherpräferenzen. Zeitreihenanalysen für Polen und Tschechien haben gezeigt, dass es für diese Faktoren einerseits mittelfristig gleichbleibende Trends gibt, dass aber darüber hinaus zu Beginn der Transformation bei vielen Produkten sprunghafte Strukturbrüche im Konsumentenverhalten aufgetreten sind.

***Lebensmittelstandards:  
Voraussetzung für den  
internationalen Handel***

Neben der mengenmäßig ausreichenden Versorgung der Bevölkerung gewinnt in Transformationsländern der Aspekt der Nahrungsmittelqualität und -sicherheit zunehmende Bedeutung. Sowohl aus Gründen des Gesundheitsschutzes als auch im Hinblick auf den Zugang zu Exportmärkten ist die Etablierung von Rechtsvorschriften für die Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit sowie von geeigneten Kontrollsystemen eine wichtige staatliche Aufgabe. Lebensmittel können nur dann in die EU eingeführt werden, wenn sie mindestens denselben Gesundheitsschutzanforderungen genügen, wie die Gemeinschaft sie für ihre eigene Produktion festgelegt hat. Die Einführung und Durchsetzung von Lebensmittelstandards ist in vielen Transformationsländern jedoch weit entfernt von den EU-Anforderungen. Besonders ausgeprägt sind Qualitätsmängel in der Milch- und Fleischproduktion, denn hier erfordert eine Qualitätssteigerung enorme Investitionen. Beispielsweise entspricht nur ein Drittel der in Polen produzierten Milch den EU-Normen, während in Bulgarien der überwiegende Teil der Milch unter Umgehung von Qualitätskontrollen produziert wird. In Polen und Bulgarien ist bisher nur einem sehr geringen Anteil der Fleischverarbeitungsbetriebe eine Anpassung an die EU-Hygiene-standards gelungen. In den Transformationsländern, die nicht zu den Beitrittskandidaten zählen, sind die Anstrengungen, EU-Standards zu übernehmen, weitaus schwächer ausgeprägt. Nicht nur Qualitäts- und Sicherheitsstandards, auch Klassifizierungssysteme fördern den Aufbau wettbewerbsfähiger Handelsstrukturen. Sie bewirken niedrigere Informations- und Sortierungskosten, insbesondere wenn Qualitätsmerkmale nur unter großem Aufwand zu messen sind. Über gesetzliche Mindestanforderungen hinaus existieren in einigen Transformationsländern aber auch Bestrebungen, kontrollierte Qualitätsprodukte auf den Markt zu bringen. In der Tschechischen Republik wurde beispielsweise von einem Verband der Lebensmittelindustrie ein Kennzeichnungssystem initiiert, das gesunde und wohlschmeckende Lebensmittel hervorheben soll. Ferner wurde dort wie auch in Polen ein Regelwerk für biologische Landwirtschaft und deren Produkte eingeführt.

Die Dynamik der hier beschriebenen Aspekte der Nahrungsmittelnachfrage in Transformationsländern verdeutlicht, dass auch nach zehn Jahren Transformation noch keine stabilen Verhältnisse eingetreten sind: die Konsumstrukturen waren erheblichen Schwankungen unterworfen und es ist noch nicht abzusehen, ob es zu einer länderübergreifenden Konvergenz kommen wird. Die Haushaltsproduktion von Nahrungsmitteln ist bisher nicht zurückgegangen und für viele Haushalte solange attraktiv, wie alternative Beschäftigungsmöglichkeiten knapp sind. Ein moderner Agrar- und Ernährungssektor als Gegenmodell zur Subsistenzwirtschaft kann besonders dann Wettbewerbsfähigkeit entwickeln, wenn der Staat eine Anpassung an internationale Qualitätsmaßstäbe forciert.



## Soziale Netzwerke: Hemmnis oder treibende Kraft im ländlichen Raum?

STEFFEN ABELE, HELGA BIESOLD UND KLAUS REINSBERG

Die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft bedeutet eine Strukturanpassung, die ökonomische und soziale Spannungen mit sich bringt. Besonders gilt dies für die Landwirtschaft und ländlichen Räume in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern.

Im Zuge des Transformationsprozesses hat sich die Rolle der landwirtschaftlichen Betriebe hinsichtlich ihrer sozialen Funktion im ländlichen Raum verändert: In der Planwirtschaft dienten die Großbetriebe zu einem erheblichen Teil als Instrument der Verwirklichung sozialpolitischer Ziele. Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Infrastruktur, des Kulturbetriebes, der Kinderbetreuung, der Wohnungswirtschaft sowie der Versorgung mit Lebensmitteln waren oft Bestandteil landwirtschaftlicher Betriebe oder wurden durch diese unterstützt.

***Abbau von  
Sozialleistungen in  
landwirtschaftlichen  
Großbetrieben***

Veränderte ökonomische und politische Rahmenbedingungen im Transformationsprozess veranlassten die Betriebe, die ihnen vom Staat auferlegten sozialen Funktionen auszugliedern, um sich auf die landwirtschaftliche Produktion konzentrieren zu können. Die Übertragung der sozialen Einrichtungen aus dem Verantwortungsbereich der Betriebe in das Eigentum der Gebietskörperschaften, also der Gemeinden und Regionen, ist ein wesentlicher Schritt in der Reformierung des gesamten sozialen Sicherungssystems in Transformationsländern. Geschwindigkeit, Ausmaß und soziale Folgen des Umstrukturierungsprozesses hängen ab vom Umfang der Sozialdienstleistungen, die in der Landwirtschaft angesiedelt waren, und von den Finanzmitteln, die den Kommunen und dem Staat zur Verfügung stehen. In vielen Fällen wird dieser Weg jedoch nicht oder nur zögerlich beschritten, da den Kommunen jegliche finanzielle Grundlage fehlt. Die Ausgliederung sozialer Dienstleistungen, deren Bereitstellung für das Unternehmen wirtschaftlich nicht tragbar ist, ist allerdings eine Voraussetzung dafür, dass die Betriebe unter marktwirtschaftlichen Bedingungen wettbewerbsfähig werden.

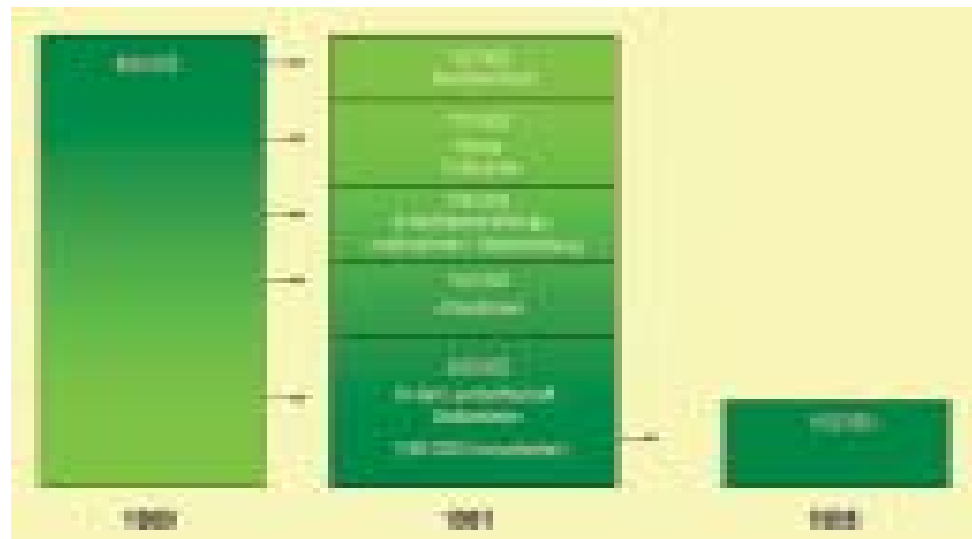
In den neuen Bundesländern verlief die Reformierung des Sozialbereichs durch die Übernahme aller gesetzlichen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland und die gleichzeitige Finanzierung durch das staatliche Sozialbudget mit vergleichsweise geringen Problemen. In Ländern wie Russland, Rumänien oder der Ukraine, in denen die soziale Infrastruktur wesentlich stärker als in Ostdeutschland an Landwirtschaftsbetriebe gebunden war und wo vor allem finanzielle staatliche Mittel fehlen, hat diese Umstrukturierung beträchtliche Konsequenzen für die ländliche Bevölkerung. Dies bestätigen Untersuchungen des IAMO zur sozialen Lage der ländlichen Bevölkerung in der Ukraine. Dort ist die soziale Infrastruktur auf dem Land weitgehend zerstört. Viele Schulen, Kindergärten, medizinische Versorgungsstationen und Krankenhäuser sind geschlossen worden. Im Vergleich zu 1990 sind im Jahre 1999 nur etwas mehr als ein Viertel der Betriebe des Dienstleistungsbereichs erhalten geblieben, die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte ist um mehr als ein Drittel gesunken. 12 % der Dörfer verfügen weder über Ausbildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Geschäfte oder sonstige Dienstleistungseinrichtungen. Der Umfang der Investitionen im Bereich der sozialen und auch technischen Infrastruktur ist auf ein Minimum gesunken.

***Zerstörung der sozialen  
Infrastruktur auf dem  
Land***

**Umstrukturierung führt zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft**

Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion mit dem Ziel, eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der Marktwirtschaft zu erreichen, ist aber nicht nur mit einem Rückzug der Betriebe aus sozialen Dienstleistungen verbunden, sondern hat auch einen erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge. Dass dieser Prozess selbst unter günstigen Bedingungen nicht problemlos verläuft, kann am Agrarsektor der neuen Bundesländer gezeigt werden: Die strukturelle Anpassung erfolgte über Boden-, Kapital- und Arbeitsmärkte, deren rechtlichen Rahmen das Landwirtschaftsanpassungsgesetz bildete. Dadurch entstanden wettbewerbsfähige Betriebe mit einer effizienten Ausstattung an Boden und Kapital. Als wesentlich langwieriger und komplizierter erwies sich jedoch die Anpassung auf dem Arbeitsmarkt. So fand im landwirtschaftlichen Sektor eine Umschichtung der Arbeitskräfte statt, die sowohl die Primärproduktion als auch Dienstleistungsbereiche wie Agrarhandel, landwirtschaftliches Bauwesen, Transport und Beratung umfasste. Von 850 000 Beschäftigten im Jahre 1989 verblieben 1995 noch 20 % in der landwirtschaftlichen Primärproduktion. 14 % fanden eine Beschäftigung im außerlandwirtschaftlichen Bereich. Häufig handelt es sich dabei um nun selbständige Dienstleistungsbereiche, die aus landwirtschaftlichen Großbetrieben ausgegliedert wurden. Etwa 12 % nahmen an Umschulungsmaßnahmen teil, aber immerhin fast 40 % der vormals im Agrarsektor Beschäftigten waren auf Transfers wie Arbeitslosengeld oder Renten angewiesen, konnten also nicht wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden, was auch auf das Fehlen außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze zurückzuführen ist (Abbildung 1).

Abbildung 1:  
Wandel in der Beschäftigung im landwirtschaftlichen Sektor Ostdeutschlands



Quelle: MEHL, P. 1999: Transformation of the social security system in agriculture in East Germany: Lessons for CEECs?, in FROHBERG, K., WEINGARTEN, P. (Hrsg.): The significance of politics and institutions for the design and formation of agricultural policies, S. 139-156. Kiel.

Im Gegensatz zu vielen MOEL boten jedoch Kompensationen und Arbeitslosenversicherung ein funktionierendes soziales Netz für diejenigen, die den landwirtschaftlichen Sektor verließen.

Der oben beschriebene Umstrukturierungsprozess ist in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas noch in vollem Gange. Allerdings zeigt sich hier ein uneinheitliches Bild, wie aus Abbildung 2 zu ersehen ist. Während in fast allen Ländern der Anteil des Agrarsektors am Bruttoinlandsprodukt sinkt, gibt es einige Länder, in denen der Beschäftigtenanteil im Agrarsektor gegenläufig zur Entwicklung des Einkommens steigt. Das bedeutet, dass sich bei sinkendem Sozialprodukt mehr Menschen ein geringer werdendes Einkommen teilen müssen. Dies ist vor allem in den Ländern mit vergleichsweise niedrigem Pro-Kopf-Einkommen wie der Ukraine, Rumänien und Polen der Fall, während in Tschechien und Ungarn, also Ländern mit einem relativ hohen Pro-Kopf-Einkommen, sowohl der Anteil der Beschäftigten im Agrarsektor als auch der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinken. Eine Ausnahme stellt Bulgarien dar, das in allen Größen positive Trends zu verzeichnen hat. Allerdings hat Bulgarien ein für agrarisch strukturierte Länder typisches relativ geringes Pro-Kopf-Einkommen.

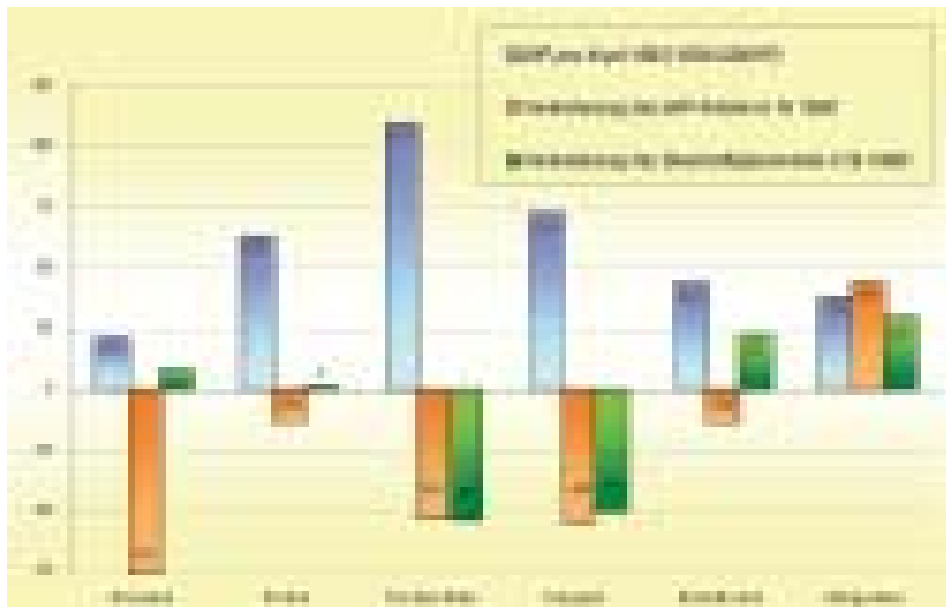


Abbildung 2:  
Strukturwandel in der  
Landwirtschaft in  
ausgewählten Ländern  
Osteuropas 1990 - 1997

Quelle: Eigene Berechnungen nach TILLACK, P., SCHULZE, E. (1999): Employment Situation and Labour Productivity in Central and Eastern Europe Agriculture, in: Proceedings XXIII CIOSTA – CIGR V CONGRESS (Hrsg.): Work Sciences in Sustainable Agriculture, Horsens/Dänemark, S. 368-373.

***Flucht in die  
Landwirtschaft***

Gerade in den ärmeren Ländern dient ein Verbleiben in der Landwirtschaft als Anpassungsstrategie, um die Folgen der oben beschriebenen Strukturanpassung in den Bereichen der sozialen Dienstleistung und auf den Arbeitsmärkten abzufedern: Trotz sinkender Einkommen bietet die Landwirtschaft eine Grundversorgung, auf die in Zeiten der sozialen und wirtschaftlichen Unsicherheit nicht verzichtet werden kann. In kleinen Familienwirtschaften wird für den persönlichen Bedarf angebaut, unter Umständen auch arbeitsintensiv erzeugte Produkte für den Markt. In manchen Ländern, wie in der Ukraine, sind kleine Familienwirtschaften als Nebenwirtschaften an Großbetriebe angebunden.

***Soziale Netzwerke,  
Subsistenzwirtschaft und  
Tauschhandel als  
Ersatzlösung***

Zwischen diesen Familienwirtschaften und den landwirtschaftlichen Großbetrieben bestehen vielfältige Abhängigkeiten, also informelle soziale und ökonomische Netzwerke: Großbetriebe bieten Einkünfte oft in Form von Naturalien wie Futter- oder Düngemittel, stellen aber auch Arbeitsleistungen für diese Familienwirtschaften bereit. Arbeitsplätze in solchen Betrieben sind deshalb relativ sicher, weil die Arbeitnehmer gleichzeitig stimmberechtigte Anteilseigner an Kapital und Boden sind und so wirtschaftlichen und sozialen Druck auf die Betriebsleitung ausüben können. Dadurch wird eine Anpassung des Arbeitskräftebesatzes erschwert und eine schon zu sozialistischen Zeiten bestehende Überbeschäftigung weitergeführt. Hierin ist eine der Hauptursachen für die unzureichende Wirtschaftlichkeit der Großbetriebe zu sehen.

***Ein hoher Preis für  
Sicherheit:  
wirtschaftliches Sterben  
auf Raten***

Soziale und ökonomische Netzwerke stellen also einen Puffer gegen die Risiken der Transformation dar. Häufig werden die zerfallenden formellen Sozialstrukturen durch informelle ersetzt, die aber das Entstehen neuer effizienter Strukturen beeinträchtigen. Solche informellen Netzwerke basieren auf Sozialkapital – der Fähigkeit von Menschen, sich zu organisieren und gemeinsame Ziele zu verfolgen. Sozialkapital gilt als wichtige Komponente der wirtschaftlichen Entwicklung gerade auch ländlicher Räume. Allerdings wird in den oben beschriebenen Fällen eher eine negative Seite des Sozialkapitals deutlich: Diese Netzwerke bieten zwar einen Puffer und mögen für den Einzelnen auch kurzfristig ökonomisch rational sein, doch geschieht dies auf Kosten einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Durch fehlende Rentabilität verschulden sich die Großbetriebe und sind somit auf das Erlassen von Steuerschulden und andere staatliche Stützungsmaßnahmen angewiesen, um ihren Kapitalverzehr auszugleichen, während die Familienwirtschaften der Anteilseigner die Ressourcen der Unternehmen mitnutzen. Werden staatliche Subventionen nach dem Gießkannenprinzip verteilt, reduziert dies jedoch gleichzeitig die Anreize der Betriebe effizient zu wirtschaften.

***Soziales Kapital und  
soziale Netzwerke besser  
nutzen***

Das bestehende Sozialkapital kann aber auch positive Effekte haben. Dies gilt besonders für eine Entwicklungspolitik, die partizipative Ansätze verfolgt. Letztere basieren auf der Annahme, dass die Artikulation von Bedürfnissen und Interessen in der Entwicklung – auch in der Regionalentwicklung – zu einem höheren Zielerreichungsgrad führt. Vor allem in der Regionalentwicklung gibt es intra- und interregionale Interessenkonflikte, aber auch Synergien. Je besser die Kooperationsfähigkeit zwischen den Interessengruppen ist, desto eher können Konfliktsituationen erkannt, Lösungen gefunden und Synergien genutzt werden. Das ist in sensiblen Prozessen wie Bodenreformen und Flurbereinigungen von besonderer Bedeutung, aber auch bei der Nutzung spezifischer Entwicklungspotentiale von Regionen, die sich auf ihre natürliche und institutionelle

Umwelt, ihre Geschichte und die unterschiedlichen Interessen der dort lebenden Menschen gründen. Eine nachfrageorientierte Entwicklungspolitik bedeutet letztlich eine höhere Effizienz des Mitteleinsatzes.

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich gezeigt, dass die Transformation zu erheblichen sozialen Problemen in ländlichen Räumen geführt hat. Viele Ursachen hierfür findet man in Anpassungsprozessen auf den Arbeitsmärkten und dem Wegfall der im Sozialismus von landwirtschaftlichen Großbetrieben getragenen sozialen Leistungsstruktur. In vielen Ländern Mittel- und Osteuropas wurden von den Betroffenen Strategien entwickelt, die aber langfristig ökonomisch ineffizient sind. Deshalb sind hier Politikmaßnahmen gefragt, die im Transformationsprozess offensichtlich vernachlässigt wurden: Sozialpolitik kann die Folgen des Transformationsprozesses abfedern und Risiken mindern. Arbeitsmarktpolitik muss die Arbeitsmärkte effizienter gestalten und damit den Strukturwandel beschleunigen. Dabei sollte unter Arbeitsmarktpolitik nicht nur eine Nachfragepolitik im Sinne staatlicher Beschäftigungsförderungsprogramme verstanden werden, sondern auch die Angebotspolitik einen höheren Stellenwert erhalten. Gerade eine Erhöhung des Humankapitals durch Aus- und Weiterbildung und eine Förderung des Sozialkapitals, also das Zusammenwirken der Betroffenen in einem demokratischen Prozess, verbessern die Qualität des Angebots auf dem Arbeitsmarkt und sind daher wichtige Meilensteine auf dem Weg in eine soziale Marktwirtschaft.

**Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: vergessen oder verdrängt?**



## Der polnische Fleischsektor auf dem Weg zu einer effizienten und qualitätsbewussten Produktion

HEINRICH HOCKMANN UND AGATA PIENIADZ

Bei der Betrachtung der Leistungsfähigkeit einer Transformationsökonomie, welche die EU-Mitgliedschaft anstrebt, müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Neben den Ausgangsbedingungen des Transformationsprozesses und den sich hieraus ergebenden Optionen für eine Restrukturierung sind die Wechselbeziehungen zwischen Marktstrukturen, Marktverhalten und Qualitätsanforderungen an die Produkte zu berücksichtigen. Am Beispiel der polnischen Fleischbranche wird aufgezeigt, wie diversifizierte Koordinationsformen zwischen verschiedenen Stufen einer Vermarktungskette die Austauscheffizienz beeinflussen und einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten können.

***Kleinbetriebliche  
Agrarstruktur  
behindert effiziente  
Rohstoffversorgung***

Die polnische Landwirtschaft war vor der Wende 1989/90 durch das Vorherrschen traditioneller kleiner Familienbetriebe gekennzeichnet. Die Betriebe verzeichneten einen geringen Spezialisierungsgrad, waren aber mit 70 % an der vermarkteten Rinder- und Schweineproduktion Polens beteiligt. Diese Agrarstruktur hat sich bis heute kaum verändert: Im Jahr 2000 existierten mehr als 1 Mio. Tierhalter, bei denen Bestandsgrößen von 1-20 Schweinen und/oder 1-3 Rinder vorherrschten. Größere Bestände waren dagegen in den genossenschaftlichen Großbetrieben, gepachteten Staatsbetrieben beziehungsweise in einigen wenigen, spezialisierten großen Privatbetrieben zu finden. Diese Produktionsstruktur ist mit erheblichen Problemen für die vertikalen Austauschbeziehungen verbunden. Insbesondere größere Verarbeitungsunternehmen haben Schwierigkeiten, sich kostengünstig im ausreichenden Umfang mit Rohstoffen entsprechender Qualität zu versorgen.

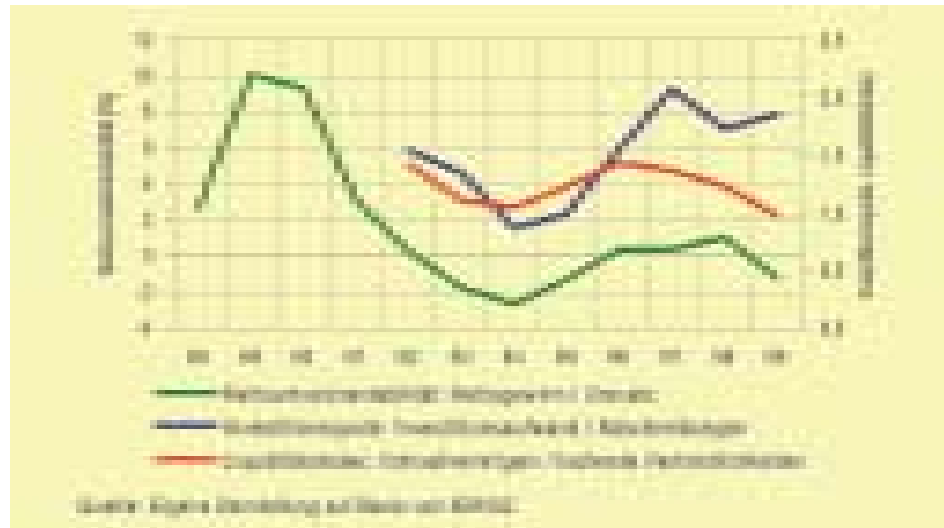
***Zersplitterung des  
Verarbeitungsgewerbes  
intensiviert die  
Konkurrenz***

Bis 1989 war die polnische Fleischindustrie zum großen Teil vergesellschaftet und durch Kombinate dominiert, wobei die Kleinprivatisierung eine Begleiterscheinung der sozialistischen Wirtschaftsordnung in Polen war. So existierten bereits 1988 etwa 1500 kleine genossenschaftliche Wurstwarenfabriken sowie etwa 1200 private Handwerksbetriebe in der Schlachtung und der Fleischverarbeitung. Die weitergehende Legalisierung der privaten unternehmerischen Tätigkeit ab 1989 führte zu einer Expansion des privaten Sektors. Zehn Jahre nach der Wende existieren in Polen etwa 500 industrielle fleischverarbeitende Unternehmen mit sechs und mehr Beschäftigten. Etwas weniger als die Hälfte dieser Unternehmen hat mehr als fünfzig Mitarbeiter und erwirtschaftet etwa drei Viertel des gesamten Branchenumsatzes. Neben den industriellen Unternehmen bestehen schätzungsweise mehr als 6000 handwerkliche Produktionsstätten. Bei dieser Marktstruktur ist es selbst den größten Unternehmen bisher nicht gelungen, sich einen Marktanteil von mehr als 3 % zu sichern. Der durch den Markteintritt vieler Unternehmen induzierte intensivere inländische Wettbewerb hatte einerseits positive Konsequenzen für den Konsumenten, u.a. durch die relative Verbilligung von Fleischerzeugnissen und durch die Ausdehnung und Verbesserung des angebotenen Produktsortimentes. Andererseits ging die Kapazitätsauslastung bei der Verarbeitung von rotem Fleisch zwischen 1995 und 2000 auf durchschnittlich 50 % zurück. Die hierdurch bedingte geringe Rentabilität und Liquidität reduzierte die Möglichkeiten der Unternehmen, Investitionen für eine Restrukturierung vorzunehmen.

***Konsumenten  
profitieren***

Abbildung:

Wirtschaftskennziffern zur  
polnischen Fleischindustrie



### **Konsolidierung des Sektors durch Konzentration erreichbar**

Geht man davon aus, dass sich die Marktstruktur in Zukunft an die Deutschlands oder Frankreichs angleichen wird, so müsste sich die gesamte Anzahl der fleischverarbeitenden Unternehmen in Polen um ein Drittel verringern. Nach Expertenschätzungen bestände die größte Gruppe nach wie vor aus den kleinen Schlachthöfen und Verarbeitungsbetrieben, die dominierende Rolle würden aber etwa 200 große Unternehmen einnehmen. Die ersten Konzentrationsprozesse setzten in der Fleischindustrie bereits Mitte der 90er Jahre ein. Sie erfolgten durch Marktberäumigungsprozesse (Marktaustritt von ineffizienten Betrieben), Unternehmenszusammenschlüsse sowie durch Kapitalkonzentration, d. h. Entstehung von konzernartigen Kapitalgruppen. Die Kapitalgruppen bestehen hierbei aus finanziell verflochtenen fleischverarbeitenden Großunternehmen und Partnern, die in den der Fleischindustrie vor- und nachgelagerten Bereichen engagiert sind.

### **Finanzielle Verflechtungen: Weg zu effizienter Produktion ...**

Auf dem polnischen Fleischmarkt sind zur Zeit fünf Kapitalgruppen tätig, die insgesamt 40 % der Umsätze der Fleischindustrie kontrollieren. Es ist davon auszugehen, dass die Bedeutung dieser Gruppen zukünftig steigen wird. Ein Indiz hierfür ist, dass die Kapitalgruppen fast die dreifache Investitionsrate des Branchendurchschnitts aufweisen. Die Wettbewerbsvorteile größerer verflochtener Wirtschaftseinheiten können verschiedene Ursachen haben. Hierzu zählen die Ausnutzung von Skalen- und Verbundvorteilen in der Produktion, schnellere technische und organisatorische Anpassungen an die sich ändernden Nachfragebedingungen und an die Einhaltung von Anforderungen und Vorschriften der EU. Weiterhin werden die Stück-Kosten bei der Etablierung von Handels- und Qualitätsmarken sowie für die Durchführung von Marketingmaßnahmen mit zunehmendem Produktionsvolumen sinken. Die Tatsache, dass ausländische Investoren in den letzten Jahren verstärkt Anteile an den Kapitalgruppen erworben haben, lässt sich als ein Indiz für ihre Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Organisationsformen interpretieren.

### **... und internationaler Wettbewerbsfähigkeit?**



Die Existenz von mehreren Kapitalgruppen und Großunternehmen bedeutet auch, dass der Wettbewerb über Preise, Qualität und Service intensiver werden wird. Ob die Aktivitäten der Kapitalgruppen von Erfolg gekrönt sein werden, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit es ihnen gelingt, durch vertikale Kooperationsbeziehungen die landwirtschaftliche Produktion stärker in ihre Marketingstrategien einzubeziehen. Eine entscheidende Bedeutung wird hierbei einer Förderung der Produktion qualitativ hochwertiger Tiere in den landwirtschaftlichen Betrieben zukommen.

Qualitativ hochwertige Produkte können nur erzeugt werden, wenn alle Vermarktungsstufen von der Beschaffung über die Produktion bis zum Absatz dazu beitragen. Im Hinblick auf die polnische Landwirtschaft ist auf die kleinbetriebliche Struktur der Produktion und den geringen Spezialisierungsgrad hinzuweisen. Hieraus resultierende Defizite bei der Aufzucht und der Fütterung der Tiere führen zu hohen Produktionskosten und Qualitätsmängeln. Die große Zahl von Haltern, Mängel in der Züchtung sowie eine geringe Markttransparenz bei Zuchtieren verhindern zudem eine schnelle genetische Verbesserung der Bestände. Die geringe Qualität der Tierkörper wird nicht zuletzt daran deutlich, dass in einer stichprobenartigen Untersuchung 1998 nur etwa 30 % der Schlachtkörper als qualitativ hochwertig, gemessen an EU-Standards eingestuft wurden. In Dänemark und den Niederlanden liegt der Anteil dagegen bei fast 100 %.

Zudem haben bisher nur wenige Verarbeitungsunternehmen Aktivitäten zur Verbesserung der Schlachtkörperqualität unternommen. Am 1. Juli 1996 wurde eine polnische Norm eingeführt, welche die großen fleischverarbeitenden Unternehmen dazu verpflichtet, beim Aufkauf von Schlachtschweinen deren Fleisch- beziehungsweise Fettanteil nach der EUROP-Klassifikation zu untersuchen und dementsprechend die Aufkaufpreise zu differenzieren. Laut Expertenangaben verfügten 1997 etwa 9 % (183) der polnischen Schlachthöfe über entsprechende (häufig nicht EU-attestierten) Apparaturen. Unter diesen Firmen haben 175 die EUROP-Klassifikation durchgeführt, aber lediglich 21 Unternehmen differenzierten auch dementsprechend ihre Aufkaufpreise. Die restlichen 154 Unternehmen verwendeten die Informationen für Zwecke der Weiterverarbeitung beziehungsweise des Verkaufs an die „Agentur für Agrarmarkt“ (Interventionsstätte).

Im Verarbeitungssektor besteht ein großes Gefälle in der technischen Ausrüstung und dem hygienischen Zustand der Betriebe. Nach Expertenschätzungen genügen etwa 30 Unternehmen den Anforderungen des EU-Marktes. Hierbei handelt es sich fast ausnahmslos um größere Unternehmen. Von diesen haben 17 eine Genehmigung für den Export in die USA und die EU. Nach Angaben des polnischen Landwirtschaftsministeriums hat lediglich ein Drittel der im polnischen Fleischmarkt engagierten Schlachthöfe und Verarbeitungsbetriebe eine Chance, die Veterinärstandards zu erfüllen. Des Weiteren müssen noch die EU-Anforderungen zum Nahrungsmittelrecht und Fleisch-Klassifikationssystem, zur Identifikation (Herkunftsnachweis) und zur Bezeichnung der Schlachttiere und Produkte implementiert werden. Schließlich müssen auch Gebäude und technische Ausrüstungen die Richtlinien des EU-Umweltschutzes erfüllen. Notwendige Investitionen, um die Anforderungen und Vorschriften umzusetzen, können allerdings auf Grund des geringen Eigenkapitals von den Unternehmen nur im begrenzten Umfang durchgeführt werden. Hierfür wird deshalb vom Staat eine Unterstützung in Form von nationalen Vorzugskrediten besonders im Bereich der Fleisch- und Milchproduktion in 2000 gewährt. Eine Voraussetzung für

***Qualität der Schlachttiere unzureichend***

***Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der Landwirtschaft ...***

***... und im Verarbeitungssektor greifen nur langsam***

ihre Inanspruchnahme ist die langfristige vertragliche Einbindung heimischer landwirtschaftlicher Produzenten.

**Betriebliche  
Umstrukturierungen  
müssen weitergehen**

Trotz einiger Fortschritte in den letzten zehn Jahren ist der Weg der polnischen Fleischwirtschaft zu effizienter und qualitätsbewusster Produktion noch längst nicht beendet. Der Aufbau von international wettbewerbsfähigen Strukturen ist gerade im Hinblick auf den künftigen EU-Beitritt Polens bedeutsam. Hinzuweisen ist hierbei auf die Entwicklung von effizienten Betriebsgrößenstrukturen in der Landwirtschaft und in der Verarbeitung. Weiterhin erfordert die EU-Mitgliedschaft eine Akzeptanz der EU-Qualitätsnormen, was den Zwang zu betrieblichen Umstrukturierungsmaßnahmen erhöhen wird. Das zunehmende Bewusstsein der polnischen Konsumenten in Bezug auf den Verzehr qualitativ hochwertiger Erzeugnisse wird die Anpassungsprozesse ebenfalls verstärken.

**Qualitätsproduktion  
zwingt zur Kooperation  
auf allen Vermarktungs-  
stufen**

Der Wunsch nach entsprechender Qualität in ausreichender Quantität sowie einer zeitlich abgestimmten Lieferung der Vorprodukte veranlasst insbesondere die großen Verarbeitungsunternehmen neue Kooperationsformen einzugehen. Diese reichen von verschiedenen Vertragsoptionen zwischen Landwirten und Verarbeitern, der Zusammenarbeit innerhalb einer Kapitalgruppe bis zur Gründung von Subunternehmen, unter anderem durch Abtrennung von Mastbetrieben und Großhandelsunternehmen bei hoch integrierten Fleischunternehmen. Nur wenn es ihnen hierdurch gelingt, Kapital für die erforderlichen Investitionen zu akquirieren, können die Effizienz der Produktion gesteigert und transaktionskostenminimierende Organisationsformen entwickelt werden. Effizientere Austauschbeziehungen in der gesamten Produktions- und Vermarktungskette werden zu einer Stärkung der Leistungsfähigkeit der beteiligten Betriebe führen und somit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

**Gesetzliche Vorschriften  
werden den Markt  
bereinigen**

Die größten Probleme bei der Umsetzung der EU-Qualitätsnormen haben die handwerklichen Betriebe. Ihre geringen Investitionsaufwendungen erlaubten ihnen besonders in den ersten Jahren der Transformation kostengünstig zu produzieren. Die Verabschiedung von neuen rechtlichen Grundlagen und die verschärfte Qualitätskontrolle beschleunigen das Ausscheiden dieser Betriebe aus dem Markt, weil sie aus Kapitalmangel die erforderlichen Neuinvestitionen nicht durchführen können. Die noch bestehenden Kostenvorteile der Kleinbetriebe werden zudem durch die Intensivierung steuerlicher und arbeitsrechtlicher Überprüfungen weiter reduziert.

Das bedeutet jedoch nicht, dass das Segment kleiner lokaler Unternehmen keine Überlebenschance beziehungsweise Bedeutung hat. Auch in den westlichen Ländern existieren neben großen industriellen Firmen viele handwerkliche Betriebe, die sich durch das Bedienen von Marktnischen auf dem Fleischmarkt erfolgreich behaupten. Traditionelle Technologien, einmaliger Geschmack und Vertrauen der lokalen Stammkundschaft sind einige der Stärken der kleinen Gewerbebetriebe. Dies ist nicht nur für die Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs wichtig, sondern auch von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Gebiete in Polen. Der Wettbewerb dient dabei als Quelle der Innovation und als Trainingsplatz für Managementfähigkeiten, er übt Druck auf Preise und Kosten aus und er dient der Ausdehnung und Verbesserung des angebotenen Produktsortimentes.

Für die polnische Industriepolitik stellt sich daher die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die Fleischverarbeitung so zu setzen, dass heteromorphe Strukturen bestehen bleiben können. Angestrebt werden sollte ein Sektor, in dem neben großen industriellen Firmen auch viele kleine Betriebe Existenzchancen haben. Die Restrukturierungsprozesse sind dabei so zu unterstützen, dass die Produktionsfaktoren sowohl kurz- als auch langfristig eine ausreichende Entlohnung erfahren werden.





## Das IAMO – ein kurzes Portrait

Das IAMO wurde 1994 gegründet, um den Transformationsprozess der Agrar- und Ernährungswirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern wissenschaftlich zu begleiten. Es ist als außer-universitäre Forschungseinrichtung Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft „Gottfried Wilhelm Leibniz“ (WGL). Ziel des Institutes ist es, Wissensgrundlagen für eine gründliche und sozial ausgewogene Transformation im Agrar- und Ernährungssektor zu erarbeiten. Der hohe Anspruch an die Forschung ergibt sich dabei aus der großen Komplexität der Veränderungen in den ehemals zentral gelenkten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, die in dieser Art bisher ohne Beispiel sind.

Die Aufgabenschwerpunkte des Institutes liegen in der Forschung zur Agrarentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern sowie in der Aus- und Weiterbildung von in- und ausländischen WissenschaftlerInnen. Das IAMO versteht sich zudem als Forum für Diskussionen und den Transfer von Informationen zu Fragen des Agrar- und Ernährungssektors in dieser Region. So fördert das Institut die Vernetzung innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft. Wie alle Institute der WGL muss sich das IAMO einer regelmäßigen Begutachtung durch eine unabhängige Kommission unterziehen, die die Arbeit des Institutes im Hinblick auf seine Ziele überprüft. Die im Jahre 2000 abgeschlossene Evaluierung kam zu dem Ergebnis, dass das IAMO insgesamt „gute bis sehr gute wissenschaftliche Forschungsleistungen“ erbringt und eine uneingeschränkte Weiterförderung daher empfohlen wird.

Auch zehn Jahre nach Beginn der Reformprozesse besitzt der Agrar- und Ernährungssektor in vielen Transformationsländern weiterhin eine zentrale Bedeutung; was sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil der Beschäftigten oder am BIP dokumentieren lässt. Vielfach dient die Landwirtschaft als ‘Auffangbecken’ für im Zuge der Umstrukturierung in anderen Sektoren freigesetzte Arbeitskräfte. Diese Tendenz und das Fehlen alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten oder sozialer Sicherungssysteme hat vielerorts den Übergang zu weitreichender Subsistenzwirtschaft forciert. Dies hat mitgeholfen soziale Härten im Transformationsprozess aufzufangen, es hat aber auch dazu geführt, dass der Agrar- und Ernährungssektor noch einen langen und schwierigen Weg der Reformen und der Umstrukturierung vor sich hat. Es gilt demnach die Transformation in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft zügig voranzutreiben und mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung des Agrar- und Ernährungssektors – vor allem hinsichtlich der Entwicklung ländlicher Räume – diesen Bereich auch zielgenau zu fördern. Ein primäres Ziel der Reformbemühungen muss es daher sein, die Agrar- und Ernährungssektoren der MOEL zu stabilisieren. Dies gilt beispielsweise im Hinblick auf wachsende Disparitäten zwischen ruralen und urbanen Räumen, drohende Verstädterung oder hinsichtlich innenpolitischer Stabilität, die für den Fortgang der Reformen wichtig ist. Zudem ist die Effizienz bzw. die Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungssektoren in den Reformländern elementar für deren Einbindung in die Weltmärkte; vor allem, da viele MOEL traditionell Nettoexporteure landwirtschaftlicher Produkte gewesen sind. Die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Agrar- und Ernährungswirtschaft ist dabei insbesondere für die Länder wichtig, die in den nächsten Jahren der EU beitreten wollen.

### ***Ziele und Kernaufgaben des IAMO***

### ***Der Agrar- und Ernährungssektor in der Transformation***

**Der Forschungsstandort  
Halle (Saale)**

Der Wissenschaftsstandort Halle ist für die Agrarforschung von großer Bedeutung: Neben dem IAMO ist hier eine traditionsreiche landwirtschaftliche Fakultät beheimatet, die sich im agrarökonomischen Bereich besonders den Transformationsprozessen in den neuen Ländern verschrieben hat. Sie veranstaltet jährliche Hochschultagungen. Im Rahmen dieser Veranstaltungen werden die Arbeitskreise zur Landwirtschaft Mittel- und Osteuropas sowie zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues unter Beteiligung von MitarbeiterInnen des IAMO abteilungs- bzw. institutsübergreifend vorbereitet und durchgeführt. Des Weiteren wird das Doktorandenseminar und das Agrarökonomische Kolloquium gemeinsam veranstaltet. Als ReferentInnen des Kolloquiums konnten für das Wintersemester 2000/2001 folgende Vertreter aus Politik und Wissenschaft gewonnen werden: Dr. I. Zopf, Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Prof. Dr. R. Lattimore, Heriot-Watt-Universität, Großbritannien, Dr. A. Balmann, Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. A. Heißenhuber, Technische Universität München-Weihenstephan, D. Behme, Stellvertretende Chefredakteurin der Agrarzeitung „Ernährungsdienst“, Dr. Ch. Lippert, Technische Universität München-Weihenstephan, Dr. R. Plankl, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Braunschweig-Völkenrode, Prof. Dr. H. Jochimsen, Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Dr. P. Mehl, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Braunschweig-Völkenrode, Prof. Dr. P.-M. Schmitz, Justus-Liebig-Universität Gießen und G. Beger, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Als Mitglieder der Landwirtschaftlichen Fakultät sind die wissenschaftlichen AbteilungsleiterInnen des IAMO in die Lehr- und Gremienarbeit der Fakultät eingebunden.

Enge Beziehungen bestehen auch zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) sowie zu dem 1998 gegründeten An-Institut für Genossenschaftswesen. Mit dem Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) organisiert das IAMO die Veranstaltungsreihe *Mittel- und Osteuropäisches Seminar*, in der die Forschungsarbeiten der drei Institute diskutiert werden. Hieraus ergeben sich neue Anregungen für die weitere Zusammenarbeit. Die vielfältigen Kooperationen am Standort Halle ermöglichen es, fundierte Kenntnisse über die Transformationsprozesse in der ostdeutschen Landwirtschaft wirkungsvoll in die Forschungsarbeiten zur Entwicklung des Agrar- und Ernährungssektors in Mittel- und Osteuropa einzubringen.

**Kooperation mit  
weiteren universitären  
Einrichtungen**

Das IAMO arbeitet mit agrar- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten anderer Universitäten zusammen. Zu nennen sind insbesondere die Standorte Berlin, Bonn, Hohenheim und Göttingen. Vielseitigen wissenschaftlichen Austausch pflegen das IAMO und das Institut für Agrarökonomik der Katholischen Universität in Leuven, Belgien. Es bestehen außerdem zahlreiche Verbindungen mit agrarökonomischen Lehrstühlen bzw. Instituten an landwirtschaftlichen Hochschulen und Universitäten in Mittel- und Osteuropa. Dies sind u. a. die Universität Stettin und die Universität Warschau in Polen, die Agraruniversität Nitra in der Slowakei, die Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest in Ungarn, die Thrakische Universität Stara Zagora, die Universität für nationale Wirtschaft und Weltwirtschaft Sofia und die Hochschule für Wirtschaft Sofia in Bulgarien, die Staatliche Agraruniversität Sumy in der Ukraine sowie die Universität Ljubljana in Slowenien.

Auch die zahlreichen Kontakte zu außeruniversitären Einrichtungen sind von großer Bedeutung für die Arbeit des IAMO. Kooperationen bestehen mit dem Institut für Betriebswirtschaft und dem Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Braunschweig-Völkenrode, dem ASA Institut für Sektoranalyse und Politikberatung GmbH, Bonn, dem Institut für Agrartechnik Bornim e.V., Potsdam-Bornim sowie dem Institut für Länderkunde, Leipzig. Im west- und nordeuropäischen Ausland sind das Agrarökonomische Forschungsinstitut (LEI-DLO), Den Haag, Niederlande, das Agrarökonomische Forschungsinstitut, Helsinki, Finnland sowie das Österreichische Bundesinstitut für Agrarökonomie, Wien Partner des IAMO. Die Beziehungen zu außeruniversitären Einrichtungen in Mittel- und Osteuropa bereichern die Forschung des IAMO. Als Kooperations-einrichtungen sind beispielhaft zu nennen die Technische Landwirtschaftliche Akademie, Olsztyn, Polen, das Institut für Agrarprobleme und Informatik und das Forschungsinstitut für Agrarökonomik der Russischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Moskau, Russland, das Nordwest-Institut für Agrarökonomik, St. Petersburg-Puschkin, Russland, die Staatliche Landwirtschaftsakademie, Kostroma, Russland, das Institut für Transformationsökonomik, Moskau, Russland, das Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungsökonomik, Bratislava, Slowakische Republik, das Forschungsinstitut für Agrarökonomik, Prag, Tschechische Republik, das Institut für Agrarökonomik der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Kiew, Ukraine, das Forschungs- und Informationsinstitut für Agrarökonomik, Budapest, Ungarn, und das Institut für Agrarökonomik Minsk, Weißrussland.

### ***Kooperation mit außeruniversitären Einrichtungen***

Im September 2000 absolvierte der vierte Jahrgang den zweijährigen Zusatzstudiengang „Standort- und umweltgerechte Landwirtschaft in den Transformationsländern“ der mit dem akademischen Grad eines „Master of Agricultural Science (M.Agr.Sc.)“ abschließt. Seit 1995 wird dieser Zusatzstudiengang gemeinsam von der Martin-Luther-Universität und dem IAMO durchgeführt. Für die Lehrenden und die weiteren MitarbeiterInnen des IAMO stellt der Kontakt zu den mittel- und osteuropäischen StudentInnen eine große Bereicherung dar, weil diese spezifische Kenntnisse zur Agrar- und Ernährungswirtschaft ihrer Länder einbringen und oftmals den Zugang zu wissenschaftlichen und statistischen Quellen in den jeweiligen Landessprachen eröffnen. Ziel des Zusatzstudienganges ist es, die TeilnehmerInnen für eine berufliche Tätigkeit zu qualifizieren, die es ihnen ermöglicht, den Umstrukturierungsprozess in der Agrar- und Ernährungswirtschaft der mittel- und osteuropäischen Länder mitzugestalten. Dieser Studiengang bietet aber auch die Möglichkeit, besonders befähigte AbsolventInnen mit Interesse an einer weiteren wissenschaftlichen Qualifikation als Mitarbeiter zu gewinnen. Gegenwärtig erarbeiten drei AbsolventInnen des Zusatzstudienganges am IAMO ihre Dissertationen. Zukünftig ist vorgesehen, entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den internationalen Agrarwissenschaften das Zusatzstudium in Halle durch ein sozio-ökonomisch ausgerichtetes Graduiertenstudium mit dem Schwerpunkt „Agrarwissenschaften in Mittel- und Osteuropa“ zu ersetzen.

### ***Agrarwissenschaftlicher Zusatzstudiengang***

**DoktorandInnen**

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bildet eine der Kernaufgaben des IAMO. Das Institut unterstützt die Durchführung sowohl von Promotions- als auch Habilitationsvorhaben. Derzeit werden acht DoktorandInnen am IAMO betreut, von denen die Hälfte aus Mittel- und Osteuropa stammt (H. Biesold, E. Dolud, A. Kancs, A. Nedoborovsky, G. Peter, M. Petrick, A. Pieniadz, P. Voigt). Weitere fünf WissenschaftlerInnen promovieren extern (J. Adler, F. Geissbühler Tschentscher, J. Kielyte, J. Sauer, E. Winter). In den letzten beiden Jahren konnten fünf MitarbeiterInnen ihre Dissertation erfolgreich abschließen (S. Brosig, K. Elsner, A. Fock, D. Saktina, J. Wandel). Zur Ausbildung der DoktorandInnen führt das IAMO gemeinsam mit dem Institut für Agrarökonomie und Agrarraumgestaltung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg regelmäßig ein Doktoranden-seminar durch. Im Verlauf ihrer Arbeit an der Dissertation stellen die DoktorandInnen hier zwei- bis dreimal Konzept, Methodik und (vorläufige) Ergebnisse vor. Allein für das Wintersemester 2000/2001 sind sieben Beiträge von IAMO-DoktorandInnen vorgesehen.

**GastwissenschaftlerInnen  
des IAMO**

Die Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen ist im Jahr 2000 durch zahlreiche Gastaufenthalte ausländischer KollegInnen gefördert worden. Im neuen Domizil des IAMO stehen hierfür ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung, die vor allem von WissenschaftlerInnen aus den MOEL genutzt wurden. Die folgenden Gäste arbeiteten im Jahr 2000 am IAMO:

Dr. J. **Varga**, Universität für Ökonomik Budapest, Ungarn, 28.01.-11.02.2000

J. **Élias**, Universität für Ökonomik Budapest, Ungarn, 28.01.-11.02.2000

R. **Kiss**, Universität für Ökonomik Budapest, Ungarn, 28.01.-11.02.2000

P. **Csillag**, Universität für Ökonomik Budapest, Ungarn, 10.03.-15.03.2000

B. **Stren**, Universität für Ökonomik Budapest, Ungarn, 10.03.-15.03.2000

A. **Bolchoeva**, Universität Woronesh, Russland, 10.04.-10.05.2000

Prof. Dr. D. **Epshtein**, Nord-West-Institut für Agrarökonomik, St. Petersburg-Puschkin, Russland, 30.04.-02.07.2000

Dr. Ph. V. **Shaikin**, Timiryazsev-Akademie, Institut der Landwirtschaft, Moskau, Russland, 13.06.-08.07.2000



Dr. S. **Gerasin**, Russisches Institut für Agrarprobleme und Informatik, Moskau, Russland, 16.07.-13.08.2000

V. **Uvarovsky**, Institut für Wirtschaft im Transformationsprozess (IET), Moskau, Russland, 31.07.-03.09.2000

Dr. I. **Andrushina**, Russische Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Allrussisches Forschungsinstitut für Ökonomie der Landwirtschaft, Moskau, Russland, 09.08.-25.10.2000

Dr. L. **Michailowa**, Agraruniversität Sumy, Ukraine, 07.09.-28.09.2000

Prof. Dr. A. **Revenko**, Ukrainische Akademie der Wissenschaften, Institut für Ökonomische Prognosen, Kiew, Ukraine, 14.09.-22.09.2000

T. **Matveicheva**, Timiryazsev-Akademie, Institut für nachhaltige Entwicklung ländlicher Gebiete, Moskau, Russland, 23.10.-24.11.2000

Prof. Dr. R. **Lattimore**, Heriot-Watt-Universität, Großbritannien, 08.11.-10.11.2000

Dr. Zs. **Varga**, Universität für Ökonomik Budapest, Ungarn, 12.11.-16.11.2000

Prof. Dr. sc. (Econ.) N. V. **Chepurnykh**, Timiryazsev-Akademie, Zentrum für nachhaltige Entwicklung ländlicher Gebiete, Moskau, Russland, 12.11.-24.11.2000

Prof. Dr. S. **McCorrison**, Universität Exeter, Fachbereich Betriebs- und Volkswirtschaft, Devon, Großbritannien, 13.11.-15.11.2000

N. **Mosashvili**, Georgische Vereinigung für Informatik in der Agrar- und Ernährungswirtschaft und bei Umweltfragen (GIAIFE), Tbilissi, Georgien, 15.11.-29.11.2000

Dr. S. **Bojnec**, Universität Ljubljana, Slowenien, 15.11.-03.12.2000

A. **Boroutski**, Nord-West-Institut für Agrarökonomik, St. Petersburg-Puschkin, Russland, 20.11.-17.12.2000

Dr. L. **Pitlik**, Agrarwissenschaftliche Universität Gödöllő, Ungarn, 22.11.-29.11.2000

Prof. Dr. G. **Varga**, Forschungsinstitut für Agrarökonomie, Budapest, Ungarn, 22.11.-29.11.2000

E. **Hollosi Kalmar**, West-Ungarische Universität, Fakultät für Agrarwissenschaften, Mosonmagyaróvár, Ungarn, 22.11.-29.11.2000

M. **Czakó**, Universität Debrecen, Ungarn, 22.11.-29.11.2000

Dr. V. **Zinovchuk**, Staatliche Agrarökonomische Akademie der Ukraine, Shitomir, Ukraine, 23.11.-30.11.2000

A. **Elekes**, Institut für Unternehmenspädagogik, Budapest, Ungarn, 24.11.-29.11.2000



Prof. Dr. C. **Forgacs**, Budapest University of Economics and Business, Budapest, Hungary, 25.11.-28.11.2000

G. **Babócsay**, Agricultural University of Debrecen, Hungary, 25.11.-29.11.2000

I. **Farkas**, Institute for Plant and Soil Protection, Debrecen, Hungary, 26.11.-30.11.2000

Dr. Z. **Hollósy**, Agricultural Faculty, Keszthely, Hungary, 26.11.-30.11.2000

Dr. E. **Majewski**, Agricultural University of Warsaw, Poland, 26.11.-30.11.2000

Prof. Dr. K. **Mazurski**, Polytechnic University of Wrocław, Poland, 27.11.-29.11.2000

Dr. V. V. **Rau**, Russian Academy of Sciences, Institute for Forecasting of the National Economy, Moscow, Russia, 04.12.-21.12.2000

R. **Romashkin**, State Lomonosov University of Moscow, Faculty of Economics, Chair of Agricultural Economics, Moscow, Russia, 04.12.-17.12.2000

### ***Ausgewählte drittmittel-finanzierte Projekte***

The evaluation report of the Science Council recommends that IAMO should have a stronger engagement in the recruitment of third-party funds and the further expansion of policy advice, while maintaining the high scientific level. Two projects, which began last year, are shown as examples. The first project, titled „Transferability of restructuring agricultural enterprises in East Germany to the transformation processes in medium- and eastern European countries“, is financed by the State of Saxony-Anhalt. It brings together experts and decision-makers from the new federal states and transformation countries. In the second project, the „Network of independent agricultural experts for the medium- and eastern European accession countries“ will take over the scientific coordination and advisory functions for the EU Commission.

The first project is jointly conducted by the Institute for Agricultural Economics and Agricultural Land Use of the University of Halle-Wittenberg and IAMO (led by Dr. Jürgen Heinrich and Dr. Ludger Hinners-Tobrägel). Based on the experience with the transformation in East Germany, which the University has been researching in the past few years, the focus is on examining how far the knowledge collected here can be transferred to the medium- and eastern European countries to support the process of transformation. The bundling of research capacity and the combination of specific experiences from both institutes will enable a rapid and systematic processing of the topic.

### ***Erfolgreiches kopieren – Fehler vermeiden***

Two workshops (s. u.) conducted in the framework of the project with agricultural experts from the new federal states as well as Poland and Hungary showed u. a., that the learning between the participating countries does not form a one-way street. Also the new countries can benefit from the experiences of their eastern neighbors. This partnership approach should help to avoid, in one country, mistakes that have occurred in another and to support positive developments in their common interest. The results of the study will be presented at a joint conference of the University

und IAMO mit west- und osteuropäischen WissenschaftlerInnen vorgestellt und diskutiert. Weitere Informationen zu diesem Projekt können von der Homepage des IAMO abgerufen werden.

Die Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission hat Ende 2000 ein Netzwerk unabhängiger Agrarexperten aufgebaut. Dieses Netzwerk besteht aus über 20 Länderexperten (zwei bis drei WissenschaftlerInnen pro Beitrittsland) und einem Beratungsgremium („Advisory Body“), das von Professor Klaus Froberg geleitet wird. Des Weiteren gehören diesem Gremium Professor Monika Hartmann, Dr. Steffen Abele und Dr. Peter Weingarten (alle IAMO) sowie Professor Alan Matthews (Trinity College, Dublin) an.

*Netzwerk unabhängiger  
AgrarexpertInnen*

Aufgabe dieses Gremiums ist es, die Europäische Kommission in Fragen der Entwicklung von Agrarwirtschaft und ländlichen Räumen in Mittel- und Osteuropa zu beraten. Gleichzeitig koordiniert es die Beziehungen zwischen der Europäischen Kommission und den Länderexperten. Es erstellt Expertisen, die auf den Berichten der Länderexperten basieren. Ergebnisse zu den Themenbereichen „Landwirtschaftliche Betriebsstrukturen“, „Landwirtschaftliche Einkommenssituation“, „Subsistenzlandwirtschaft“, „Agrarmarkt- und -handelspolitik“ sowie „Ländliche Räume“ wurden im Dezember 2000 in Brüssel mit Kommissionsvertretern diskutiert.



Tagungen und Seminare stellen für das IAMO eine wichtige Form des wissenschaftlichen Austausches mit ExpertInnen aus dem ost- und westeuropäischen Ausland dar. Gespräche zu Fragen der Umstrukturierung des Agrar- und Ernährungssektors vertiefen außerdem bestehende Kooperationsbeziehungen. Prioritäten im Transformationsprozess können so erkannt und die Forschungstätigkeit des IAMO entsprechend ausgestaltet werden.

**Tagungen und Seminare**

Auf der Grünen Woche 2000 in Berlin wurde im Rahmen des 7. Ost-West-Agrarforums ein Symposium mit dem Thema „Subsistenzproduktion in der Landwirtschaft in Mittel- und Osteuropa“ vom IAMO organisiert und durchgeführt. WissenschaftlerInnen aus Mittel- und Osteuropa sowie aus Deutschland diskutierten die Gründe für das Entstehen von Subsistenzlandwirtschaft in Transformationsländern und die Perspektiven dieser Wirtschaftsform. Die Veranstaltung wurde mit einer kritischen Auseinandersetzung zu positiven und negativen ökonomi-

*Grüne Woche 2000*

schen Aspekten der Subsistenzwirtschaft eröffnet. Ihrer Funktion als sozialer Puffer und Einkommensquelle (als Verwertung der außerhalb des Betriebes nicht einsetzbaren Arbeitskraft) wurden die Risiken gegenübergestellt, die solchermaßen autarken Systemen anhaften. Zu diesen Risiken tragen auch die schlechte technische Ausstattung und die geringe Größe der Betriebe bei, wie sie zum Beispiel in Südosteuropa zu beobachten sind. Darüber hinaus wurde das Zusammenspiel

von Subsistenzwirtschaften und landwirtschaftlichen Großbetrieben am Beispiel von Russland dargestellt. Hier wird sichtbar, dass kleine Familienbetriebe von der Symbiose mit Großbetrieben in vielfältiger Weise profitieren. Dieses Zusammenspiel erstreckt sich vom Bezug von Produktionsmitteln – oft als Naturallöhne für Arbeitsleistungen – bis hin zur Verlagerung von Steuer- und Kreditschulden auf die Großbetriebe, die wiederum aufgrund der 'weichen Budgets' von staatlichen Schuldenerlassen profitieren können. Die Situation Russlands ist allerdings eine andere als die in Bulgarien, wo kleine Subsistenzbetriebe neben marktorientierten Großbetrieben bestehen. Dieser Dualismus erschwert die Einführung einer konsistenten Agrarpolitik.

Am Ende des Symposiums waren sich alle TeilnehmerInnen darin einig, dass in diesem Bereich sowohl theoretisch als auch hinsichtlich praktikabler Politikempfehlungen noch viele Fragen offen sind. Deshalb wird das Thema Subsistenzwirtschaft in einem im Mai 2001 in Halle stattfindenden Seminar noch einmal aufgegriffen werden.

*IAAE Kongress 2000*

Vom 13. bis 19. August 2000 fand in Berlin der 24. Kongress der International Association of Agricultural Economists (IAAE) statt. Unter dem Titel „Die Landwirtschaft von morgen: Anreizsysteme, Institutionen, Infrastruktur und Innovationen“ kamen etwa 1000 Teilnehmer aus 83 Ländern zum Informationsaustausch zusammen. Besondere Beachtung fanden die Themengruppen:

Globalisierung der Land- und Ernährungswirtschaft, verbesserte Marktanreize in den Transformationsländern, Forschung in der Landwirtschaft, Technologieentwicklung sowie umweltbewusste Landbewirtschaftung. Die Präsentation der Forschungsergebnisse erfolgte auf vielfältige Art und Weise. Neben Plenarsitzungen konnten auch im kleinen Kreis Forschungsergebnisse vorgestellt werden, so beispielsweise in Form von Diskussionsgruppen und Minisymposien sowie innerhalb der vom IAMO organisierten Posterausstellung und Computerdemonstrationen. Das IAMO war auf dieser internationalen Konferenz zusätzlich mit zehn eigenen wissenschaftlichen Beiträgen vertreten.



„Landwirtschaft und ländliche Räume – Außenseiter im Transformationsprozess in den Ländern Südosteuropas?“ – so lautete das Thema der internationalen Agrarfachtagung vom 24. bis 26. September 2000, welche unter Mitwirkung des IAMO vom Institut für Länderkunde und der Südosteuropagesellschaft in Leipzig veranstaltet wurde. Im Zentrum des Interesses der Diskussionen zwischen WissenschaftlerInnen aus Ost- und Westeuropa stand die Rolle des ländlichen Raumes in seiner Multifunktionalität, aber auch der Bedeutungswandel der Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor. Die Tagung unterstrich erneut, dass in den südosteuropäischen Ländern der Agrarsektor für den Verlauf des Transformationsprozesses im ländlichen Raum die ausschlaggebende Rolle spielt. Dies ist zwar oft ökonomisch nicht eindeutig nachweisbar, spiegelt sich jedoch in gesellschaftlichen Strukturen wider, die trotz tiefgreifender Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen sehr stark von überlieferten sozialen Gegebenheiten geprägt sind. Diese Strukturen knüpfen an bisherige Erfahrungen traditioneller Agrargesellschaften in diesen Gebieten an und weisen zum Teil ein starkes Beharrungsvermögen auf. Dennoch zeichnen sich in einigen Ländern Entwicklungstendenzen ab, die auf ein Umdenken schließen lassen. Anzeichen hierfür sind u. a. eine Diversifizierung der Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum durch Nutzung oder Wiederbelebung vorhandener Potentiale sowie erste effiziente Betriebe trotz ungünstiger Rahmenbedingungen.

*Landwirtschaft und  
ländlicher Raum*

Gemeinsam mit dem Institut für Agrarökonomie und Agrarraumgestaltung der Universität Halle wurden im Rahmen des Projektes „Übertragbarkeit der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen in Ostdeutschland auf die Gestaltung der Transformationsprozesse in mittel- und osteuropäischen Ländern“ zwei Workshops veranstaltet.

*Zehn Jahre betriebliche  
Restrukturierung*

Die Workshops, die am 07. November 2000 bzw. vom 27. bis 28. November 2000 stattfanden, wurden von jeweils rund 40 TeilnehmerInnen besucht. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Themenblöcke Institutionen, Agrarförderung und Finanzierung sowie Anpassungsreaktionen landwirtschaftlicher Betriebe an sich verändernde Rahmenbedingungen. Während an dem ersten Workshop Fachleute aus den Bereichen Finanzierung, Agrarverwaltung, Beratung und Forschung aus den neuen Bundesländern sowie landwirtschaftliche Betriebsleiter mitwirkten, setzte sich der Teilnehmerkreis des zweiten Workshops vor allem aus polnischen und ungarischen Agrarökonomen zusammen.

Die TeilnehmerInnen beider Veranstaltungen erachteten die Schaffung und Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Rechtssystems als notwendige Bedingung zur Vermeidung von Verhaltensunsicherheiten bei unternehmerischen Entscheidungen. Hinsichtlich der Förderfähigkeit und -würdigkeit bestimmter Agrarstrukturen gingen die Meinungen deutlich auseinander. Während unter Bezugnahme auf Erfahrungen in den neuen Bundesländern festgestellt wurde, dass unter der Zielsetzung der Erhaltung und Steigerung der Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe eine nach der Betriebsgröße oder der Rechtsform differenzierte Förderung nicht ratsam sei, wurde – besonders mit Blick auf Ungarn – auch auf den sozialpolitischen Beitrag des Agrarsektors hingewiesen. Gerade die Beschäftigungseffekte, die durch die Fortführung von Haus- oder Nebengewerbetrieben entstünden, sprächen für eine besondere Würdigung dieser Betriebsform.

Für das Jahr 2001 sind bereits folgende Veranstaltungen vorgesehen:

*Grüne Woche 2001*

Das IAMO wird wie in jedem Jahr auf der Grünen Woche in Berlin vertreten sein und über seine Forschungsergebnisse informieren. Im Rahmen des Ost-West-Agrarforums der Grünen Woche veranstaltet das IAMO am 19. Januar 2001 ein Seminar zum Thema „Übernahme der EU-Produktions- und Produktstandards: Auswirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft in den Beitrittsländern“.

In allen Transformationsländern besteht ein erheblicher Nachholbedarf für Investitionen, um sowohl die Arbeitsproduktivität zu steigern als auch die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern. Nicht zuletzt gilt es auch, durch die Nahrungsgüterproduktion hervorgerufene Umweltbelastungen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Ziel dieser Veranstaltung ist es, die Einhaltung von Qualitätsstandards auf allen Stufen sowohl bei der Herstellung landwirtschaftlicher Rohstoffe als auch bei der Produktion von Nahrungsgütern als eine wichtige Voraussetzung für den EU-Beitritt herauszuarbeiten und Möglichkeiten zu diskutieren, die erforderlichen Investitionen zu sichern.

*Teufelskreis  
Subsistenzlandwirtschaft*

Anfang Mai wird in Halle ein Seminar unter der Schirmherrschaft der European Association of Agricultural Economists (EAAE) mit dem Titel „Subsistenzlandwirtschaft in Mittel- und Osteuropa: Wie bricht man den Teufelskreis auf?“ stattfinden. Es hat das Ziel, Möglichkeiten zu Weiterentwicklung von Subsistenzlandwirtschaften hin zu marktorientierten Betrieben zu untersuchen. Die Subsistenzlandwirtschaft ist in Mittel- und Osteuropa ein weitverbreitetes Phänomen. Sie bietet eine Grundversorgung mit Nahrungsmitteln in von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau gekennzeichneten ländlichen Räumen in Transformationsländern. Obwohl sie kurzfristig eine durchaus rationale Überlebensstrategie darstellt, bedeutet Subsistenzlandwirtschaft letztlich einen Verzicht auf Wohlfahrtsgewinne durch Handel und Spezialisierung und eine hohe Krisenanfälligkeit, da Versorgungsengpässe nicht über den Markt beseitigt werden können. Über diese Form der Landwirtschaft liegen noch wenige wissenschaftliche Erkenntnisse vor. Deshalb beschäftigt sich das Seminar mit den Erfahrungen zur Subsistenzlandwirtschaft in Entwicklungsländern, mit Institutionen, die für eine Weiterentwicklung der Systeme notwendig sind, mit Modellen zur Analyse der Systeme und mit Politikmaßnahmen, die zur Lösung der Probleme beitragen können. Zum Seminar werden WissenschaftlerInnen aus Mittel- und Osteuropa sowie aus der EU erwartet.

*Technik und wirtschaftliche  
Entwicklung*

Das IAMO wird am 02. und am 03. Juli 2001 gemeinsam mit dem Institut für Agrartechnik Bornim e. V., Potsdam, einen Workshop mit dem Titel „Approaching Agricultural Technology and Economic Development of Central and Eastern Europe“ durchführen. Ziel der Konferenz ist es, die bisher für Mittel- und Osteuropa weitgehend getrennt untersuchten agrarökonomischen und technischen Problembereiche in ihren Wechselwirkungen zu betrachten und dadurch neue theoretische, methodische und empirische Erkenntnisse zu gewinnen.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern sind in der Landwirtschaft während der Transformationsprozesse unterschiedliche Betriebsstrukturen und Betriebsgrößen entstanden. Die zukünftige

Struktur und Größe der Betriebe hängt maßgeblich von den Boden- und Kapitalmärkten ab. Ihr Funktionieren beeinflusst entscheidend Investitionsmöglichkeiten zur Mechanisierung und Automatisierung. Damit ergibt sich die Frage, welche Maschinen und Ausrüstungen zu produzieren und einzusetzen sind, um eine effiziente Produktion zu sichern, und welche Organisationsformen – z. B. eigene Landmaschinenausstattung, Maschinenringe oder Lohnarbeitsbetriebe – dafür zu entwickeln sind.

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen veröffentlichen ihre Forschungsergebnisse in Fachzeitschriften, Monographien, Sammelbänden und Diskussionspapieren. Eine vollständige Liste der Publikationen kann im Internet auf der Homepage des IAMO ([www.iamo.de](http://www.iamo.de)) eingesehen werden.

### Veröffentlichungen

PETRICK, M., DITGES, C.M.: Risk in Agriculture as Impediment to Rural Lending – The Case of North-western Kazakhstan, *Discussion Paper No. 24*, 2000.

*Diskussionspapiere*

POGANIETZ, W.R.: Russian Agri-Food Sector: 16 Months After the Breakdown of the Monetary System, *Discussion Paper No. 25*, 2000.

WEBER, G., WAHL, O., MEINLSCHMIDT, E.: Auswirkungen einer EU-Osterweiterung im Bereich der Agrarpolitik auf den EU-Haushalt, *Discussion Paper No. 26*, 2000.

WAHL, O., WEBER, G.: Documentation of the Central and Eastern European Countries Agricultural Simulation Model (CEEC-ASIM Version 1.0), *Discussion Paper No. 27*, 2000.

PETRICK, M.: Land Reform in Moldova: How Viable are Emerging Peasant Farms? An assessment referring to a recent World Bank study, *Discussion Paper No. 28*, 2000.

WEINGARTEN, P.: Buchbesprechung: Beckmann, V. (2000): Transaktionskosten und institutionelle Wahl in der Landwirtschaft: Zwischen Markt, Hierarchie und Kooperation, *Discussion Paper No. 29*, 2000.

BROSIG, S.: Household Type Specific Food Demand Behaviour in Hungary, *Discussion Paper No. 30*, 2000.

UVAROVSKY, V., VOIGT, P.: Russia's Agriculture: Eight years in Transition – Convergence or Divergence of Regional Efficiency, *Discussion Paper No. 31*, 2000.

In der Schriftenreihe *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* werden durch das IAMO Monographien und Tagungsberichte herausgegeben, die sich mit agrarökonomischen Fragestellungen zu Mittel- und Osteuropa beschäftigen. Bisher sind in der Schriftenreihe sieben Tagungsbände und zwei Monographien erschienen. Die folgenden sechs Studien wurden im Jahr 2000 veröffentlicht:

*Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe*

STEPHAN BROSIG, Die private Nachfrage nach Nahrungsmitteln im Transformationsprozess Tschechiens und Polens

ACHIM FOCK, Integrating Estonia into the EU: Quantitative Analysis of the Agricultural and Food Sector

PETER TILLACK, FRAUKE PIRSCHER, Competitiveness of Agricultural Enterprises and Farm Activities in Transition Countries (auch in russischer Sprache)

WITOLD-ROGER POGANIETZ, ALBERTO ZEZZA, KLAUS FROHBERG, KOSTAS G. STAMOULIS,  
 Perspectives on Agriculture in Transition: Analytical Issues, Modelling Approaches, and  
 Case Study Results

PETER TILLACK, EBERHARD SCHULZE, Land Ownership, Land Markets and their Influence on  
 the Efficiency of Agricultural Production in Central and Eastern Europe.

*Sonstige eigene  
 Schriftenreihen*

In seinen jährlich erscheinenden *Jahresberichten* informiert das IAMO über die wissenschaftliche Arbeit des Institutes, die aktuellen wissenschaftlichen Aktivitäten der MitarbeiterInnen, über Veranstaltungen an denen das IAMO beteiligt war, über Kooperationen und Projekte sowie über Personal- und Haushaltsangelegenheiten. Darüber hinaus stellt sich das IAMO in seiner ebenfalls jährlich erscheinenden Reihe *IAMO 'Jahreszahl'* einem breiteren Publikum vor. Hier sollen neben Aufgaben, Zielen und der Herangehensweise des IAMO an die Transformationsprobleme in Mittel- und Osteuropa auch ein Überblick über die derzeitige Situation und über zu erwartende Entwicklungen in diesen Ländern geboten werden.

*Homepage*

Die mehrsprachige IAMO-Homepage liefert einen breiten Überblick über die Arbeit des Institutes. BesucherInnen finden allgemeine Informationen über Ziele, Aufgaben und Organisationsstruktur des Institutes.

Regelmäßige Veranstaltungen, Tagungen oder Workshops werden hier angekündigt, Ergebnisse bisheriger Veranstaltungen zusammengefasst dargestellt. Die Publikationen des Institutes sind vollständig aufgelistet. *Discussion Papers* und *IAMO 'Jahreszahl'* können von der Homepage direkt heruntergeladen werden. Aktuelle Pressemitteilungen, die über den Informationsdienst Wissenschaft verbreitet werden, lassen sich in der Rubrik „Presse“ einsehen.

Detaillierte Informationen über die konkreten Forschungsarbeiten am Institut finden sich auf der Seite „MitarbeiterInnen“. Dort sind alle WissenschaftlerInnen mit ihren jeweiligen Forschungsthemen aufgeführt. Bei näherem Interesse können Besucher via e-mail mit ihnen in Kontakt treten.

Auf der Seite „Bibliothek“ besteht die Möglichkeit, mittels OPAC online-Recherchen durchzuführen.

Die IAMO Homepage wird zur Zeit grundlegend überarbeitet. Für die Mehrzahl der Seiten ist dies bereits geschehen. Neue Rubriken sind hinzugekommen. So ermöglicht die Seite „Aktuelles“ einen schnellen Überblick über Neuigkeiten und erleichtert die Suche. Projekte des Institutes sind von nun an mit einer genauen Beschreibung in einer eigenen Rubrik zu finden.

Ein Besuch der Homepage lohnt sich immer.



Das IAMO ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts. Ihre Organe sind der Stiftungsrat, das Direktorium und der Wissenschaftliche Beirat. Um eine große Bandbreite der agrarökonomischen Forschung abdecken zu können, wurde das Institut in drei wissenschaftliche Abteilungen gegliedert: **Institutionelle Struktur**

- Rahmenbedingungen des Agrarsektors und Politikanalyse; Abteilungsleiter und Geschäftsführender Direktor des IAMO ist Prof. Dr. Klaus Froberg;
- Agrarmärkte, Agrarvermarktung und Weltagrarhandel; Abteilungsleiterin ist Prof. Dr. Monika Hartmann;
- Betriebs- und Strukturentwicklung im ländlichen Raum; Abteilungsleiter und Stellvertreter des Geschäftsführenden Direktors ist Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Tillack.

Die LeiterInnen dieser Abteilungen bilden zusammen mit der Leiterin der Abteilung

- Administration und Zentrale Dienste, Hannelore Zerjeski,

das Direktorium des Institutes. Dieses Kollegialorgan führt die Institutsgeschäfte und gestaltet die langfristige Forschungs- und Entwicklungsplanung des IAMO. Über das gewöhnliche Maß hinaus ging in den vergangenen Monaten die Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Stiftungsrat, die sich bei der Vorbereitung und Durchführung der Institutsevaluierung besonders intensiv engagierten.



*Der Wissenschaftliche  
Beirat des IAMO*

**Koordination im IAMO**

Wöchentliche *Abteilungsbesprechungen* intensivieren die Diskussion im Institut und gewährleisten den Informationsaustausch zu organisatorischen und wissenschaftlichen Angelegenheiten. Diejenigen Belange, die für das gesamte Institut von Bedeutung sind, werden auch auf *Institutsversammlungen* angesprochen. Alle MitarbeiterInnen können sich so auf mehreren Wegen in die Willensbildung und Entscheidungsfindung am IAMO einbringen. Im Zusammenhang mit der Weiterqualifizierung bieten die derzeit bestehenden zwei *Methodengruppen* „Modellierung“ und „Befragung“ interne Austauschforen zur Diskussion theoretisch-methodischer Fragen. Von großer Bedeutung und effizienzsteigernd für die Gesamtleistung des IAMO sind die fünf *abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppen* zu den Bereichen Bibliothek, Elektronische Informationssysteme, Evaluierung, Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen.

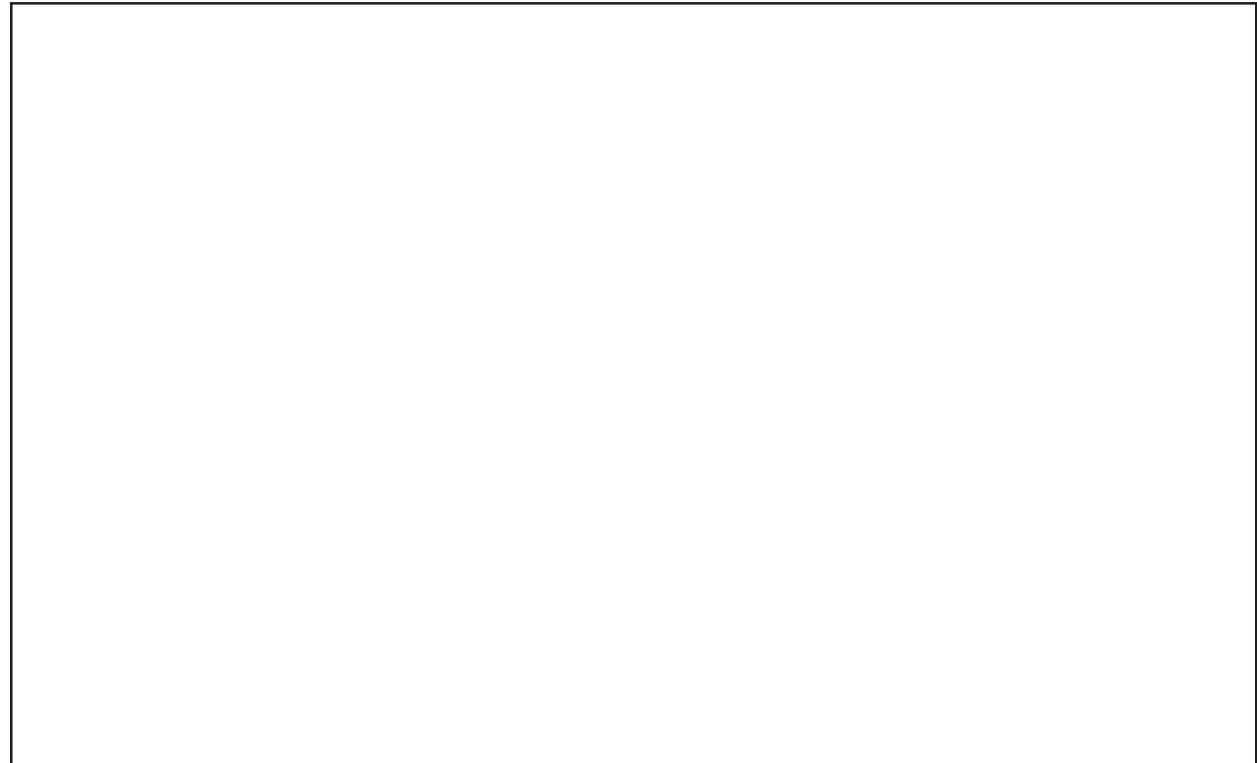
**Konzeption der wissenschaftlichen Arbeit**

Die Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft ist ein Prozess, dessen Analyse das gesamte Spektrum der agrarökonomischen Forschung erfordert. Das IAMO kann mit seinen Kapazitäten jedoch nicht diese Vielfalt abdecken. Daher werden Schwerpunkte gesetzt. Diese erheben dabei jedoch den Anspruch, thematisch und inhaltlich die wichtigsten Probleme zu berücksichtigen. Die Forschung am IAMO orientiert sich langfristig an drei Leitbegriffen: *Institutionen, Integration und ländlicher Raum*. Diese Leitbegriffe grenzen die Aufgabengebiete sowohl thematisch als auch räumlich ein. Bei der Auswahl der Forschungsschwerpunkte wurden für die langfristige Arbeit des Institutes die folgenden Kriterien zugrunde gelegt: politische Relevanz, Dringlichkeit der Probleme, Akzeptanz und Umsetzbarkeit der Ergebnisse, Durchführbarkeit sowie langfristige Effekte der Forschungsprojekte.

Im Rahmen der mittelfristigen Forschungsplanung bis etwa 2005 gelten die folgenden Forschungsschwerpunkte:

1. Neuorientierung der Agrar- und Ernährungspolitik
2. Entwicklung der Märkte im Agrar- und im Ernährungssektor
3. Interregionale Integrationsbestrebungen
4. Entwicklung ruraler Gebiete
5. Risikoabsicherung und Kreditmärkte
6. Neustrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen

Zu jedem dieser Forschungsschwerpunkte wurde ein Arbeitskreis gegründet, der von einem promovierten Wissenschaftler geleitet wird. Die Arbeitskreisleiter bilden gemeinsam mit den wissenschaftlichen AbteilungsleiterInnen die Koordinierungsgruppe Forschung, die 1999 ins Leben gerufen wurde. Ihre Aufgabe ist es, neue Forschungsprojekte auszuwählen, abteilungsübergreifende Forschungsaktivitäten zu organisieren, wissenschaftliche Veranstaltungen zu planen sowie die wissenschaftliche Weiterbildung der MitarbeiterInnen anzuregen.



Wissenschaftliche Arbeit am IAMO ist auf effiziente zentrale Dienstleistungen angewiesen. Das EDV-Personal arbeitet am kontinuierlichen Ausbau sowie an der Pflege und Aktualisierung des Hard- und Softwarebestandes. Abteilungsübergreifende Arbeitsgruppen koordinieren die Dienstleistungen und optimieren ihren Nutzen für die Forschungsaktivitäten. Über die Arbeitsgruppen Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen sind die WissenschaftlerInnen des IAMO daran beteiligt, Aufgabenstellung und Ergebnisse der Forschung zu vermitteln. Die Arbeitsgruppe Elektronische Informationssysteme koordiniert die Einrichtung und Pflege einer Datenbank zum Agrar- und Ernährungssektor der Transformationsländer Mittel- und Osteuropas. Die organisatorische und inhaltliche Ausrichtung der Bibliothek an den Erfordernissen der Forschung wird von der Arbeitsgruppe *Bibliothek* unterstützt. Dazu gehört auch der Ausbau des Bestandes, der neue Medien stark berücksichtigt.

**Zentrale  
Dienstleistungen**

## So finden Sie uns

### *Anreise mit der Bahn*

Verlassen Sie das Bahnhofsgebäude durch den Haupteingang und folgen Sie bitte der Ausschilderung Haltestelle „Riebeckplatz/Hauptbahnhof“. Hier fahren die Linien 5 und 5E in Richtung Heide. Steigen Sie an der Haltestelle „Weinbergweg“ aus (ca. 20 Minuten Fahrtzeit). Das Institut befindet sich direkt auf der linken Straßenseite in Fahrtrichtung auf dem ehemaligen Gelände der russischen Garnison.

### *Anreise mit dem Pkw*

Fahren Sie auf der A 14 vom Schkeuditzer Kreuz (A 9 München - Berlin) bis zur Ausfahrt Halle-Peißen und dann auf die B 100 Richtung Halle. Orientieren Sie sich an der Beschilderung „Zentrum“, bis Sie die vierspurige Stadtautobahn erreichen. Richten Sie sich nach der Ausschilderung Halle-Neustadt. Wenn Sie den Riebeckplatz passiert haben, bleiben Sie weiter auf der Hochstraße. Nach der Saalebrücke biegen Sie in Richtung Martin-Luther-Universität/Weinbergweg ab. An der Gabelung Weinbergweg fahren Sie weiter geradeaus, biegen anschließend links in das Kasernengelände ein und folgen dann der Ausschilderung „IAMO“.

### *Anreise mit dem Flugzeug*

20 km von Halle entfernt befindet sich der Flughafen Halle/Leipzig. Von dort fährt alle 60 Minuten der Bus 300 zum Riebeckplatz/Hauptbahnhof. Den weiteren Weg können Sie unter „Anreise mit der Bahn“ nachlesen. Die Linie 300 bringt Sie auch bis zum Hallmarkt, von wo Sie ebenfalls mit den Straßenbahnlinien 5 und 5E sowie auch mit der Linie 6 in Richtung Heide bis zur Haltestelle „Weinbergweg“ fahren können.

